
Neustart in der entwicklungs- politischen Kommunikation

Dokumentation der Fachtagung vom 4. bis 5. Juni 2018
in der Evangelischen Bildungsstätte auf Schwanenwerder



Anmerkungen der Herausgeber: Diese Dokumentation ist keine wörtliche Mitschrift. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist dem Bemühen geschuldet, den interessierten Leserinnen und Lesern eine aussagekräftige Wiedergabe der vertretenen Positionen und Ansichten zu bieten. Es wurden keine Vorgaben hinsichtlich Struktur der Dialoge und Beiträge gemacht. Für ihre inhaltliche und sachliche Richtigkeit zeichnen die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Die darin zum Ausdruck kommenden Meinungen entsprechen nicht zwingend den Positionen der Herausgeber*innen.

Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation

Dokumentation der Fachtagung vom 4. bis 5. Juni 2018
in der Evangelischen Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Herausgeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90
www.venrob.org

V.i.S.d.P.: Uwe Prüfer
Redaktion: Heike Möller
Layout & Satz: Max Haberstroh
Druck: solid earth, Berlin

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.



Inhalt

Vorwort	2
Programm der Veranstaltung	4
Zusammenfassung Heike Möller	6
Eröffnung Anne Quart	8
Neue Koalition – alte Kommunikation? Stephan Bethe	9
Absicht und Wirklichkeit Ulrich Post	14
Europa und die Welt, die wir wollen Marta Rojas	20
Dem Volk aufs Maul geschaut Johannes Hillje	23
Meinungen und Trends in der deutschen Gesellschaft Steffen Braun	25
In der Zwickmühle: Widersprüchliche Positionen im Populismus in der Energie-, Klima- und Entwicklungspolitik Fritz Reusswig	29
Kamingespräch mit Astrit Zemaj, Axel von Hoerschelmann, Heinz-Joachim Lohmann, Kambiz Ghawami und Detlev Groß	33
Global denken, global reden, global handeln Clemens Potocki	37
Zusammenfassung und Auswertung der Arbeitsgruppen	41
Helles Köpfchen, aber keinen Plan	41
Krieg und (Be-)Frieden	45
Arm, ärmer, am ärmsten	50
Migration versus Heimat?	53

Vorwort

Steuerungsgruppe der Fachveranstaltung

In Europa sichert die Europäische Union für ihre Mitgliedstaaten und deren Bevölkerungen Frieden und wirtschaftliche Stabilität. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das den Müttern und Vätern der europäischen Integration mit Gründung der Montanunion und dem Abschluss der Römischen Verträge zunächst nicht mehr als eine hoffnungsspendende Vision. Ständig erweitert um weitere Mitglieder bleibt die EU auch international ein hervorragendes Beispiel, dass das Heranwachsen gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Verantwortung in der Zusammenarbeit von Staaten zur Konfliktlösung ohne Waffen möglich und sehr erfolgreich sein kann. Erfolgreich, aber nicht vollends geläutert könnte man angesichts der Spannungen und Uneinigkeiten zwischen EU-Mitgliedern in den letzten Jahren meinen.

Dazu trifft die EU auf eine grundsätzlich sich ändernde Weltpolitik. Eher Nationalismen und Egoismus scheinen in der Außenpolitik zu dominieren. Nahezu jeder Hype – inzwischen in einer auch durchgängig digitalisierten, das heißt verbundenen Welt – wird mitgenommen und sehr schnell gesellschaftlich relevant. Viele Menschen verlassen sich allzu gern allein auf die sogenannten sozialen Medien, in denen eine Flut von Informationen oft den Blick auf tatsächliche Erkenntnisgewinne erschwert und oftmals sogar versperrt.

Die politische Kommunikation scheint in Bezug auf die gesellschaftlich verbindenden Werte und Narrative an Boden zu verlieren. Staatliche Eliten verlieren Vertrauen und ihre Vorbildfunktion in wichtigen gesellschaftlichen Zielgruppen gerät ins Wanken. Teile der Bevölkerung meinen auf Kommunikation untereinander und mit staatlichen Akteur*innen verzichten zu können.

Der möglichst freie Zugang zu Informationen, die Fähigkeit ihrer Bewertung durch Bildung und die Vorbildwirkung ist aber der stärkste Kitt, die stärkste Triebkraft demokratisch und pluralistisch organisierter Gesellschaften. Die alten paternalistischen Erzählungen von den Partnergesellschaften scheinen nicht mehr gewollt und entsprechen auch nicht mehr der Arbeitsweise der Akteur*innen. Deswegen muss sich die Kommunikation – Information und Bildung – mit den Bürgerinnen und Bürgern ständig neu erfinden. Auf welche Weise, scheint noch unklar, aber „alles muss auf den Tisch“ mit Formaten, die sofort Teilhabe unterschiedlicher Akteursgruppen an einem Prozess sichern, der unsere Gesellschaft schon verändert hat und weiter verändern wird angesichts für alle erfahrbarer grenzübergreifender Herausforderungen wie zum Beispiel Klimawandel, Migration oder Digitalisierung. Der Rahmen ist international mit den UN-Nachhaltigkeitszielen schon gesetzt, aber die erste Herausforderung und Selbstbehauptung wertschöpfender Demokratien bleibt es, extreme populistische Meinungen als solche zu markieren und zu marginalisieren, gleichzeitig den Menschen Mut zu notwendigen Veränderungen zu machen und nicht die Transformation der Gesellschaft durch – untaugliches – „Gesundbeten“ verhindern zu wollen.

Die nachfolgend dokumentierte Fachveranstaltung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“ soll ein Beitrag sein, unterschiedliche Akteur*innen und Ebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen etc.) zusammenzubringen und ihr spezifisches Know-how zu fordern.

Die Impulse der Referentinnen und Referenten und die anschließenden Diskussionen knüpfen an den Stand der entwicklungspolitischen Anliegen und entsprechender Kommunikationsarbeit an. Hier ging es insbesondere auch um das jeweilige Selbstverständnis entwicklungspolitischen Engagements, die Wechselwirkung verschiedener Politikbereiche mit der Entwicklungspolitik und letztendlich auch um das Aufbrechen der Haltung in der Bevölkerung „Was geht mich das an?“.

Ein Fahrplan konnte noch nicht geschrieben werden, aber festzuhalten ist die eindeutige Forderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Raus aus der jeweiligen Nische der Selbstwahrnehmung! Zusammenarbeit, Diskurs und Dialog sind notwendig. Und das ist wirklich kein Geheimnis mehr.

Steuerungsgruppe der Fachveranstaltung: Heinz-Joachim Lohmann (Evangelische Akademie zu Berlin), Dr. Kambiz Ghawami (World University Service), Axel von Hoerschelmann (Verein zur Förderung von Wissenschaft und Praxis der Mediation), Holger Ehmke (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Wolfgang Grätz (Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg), Detlev Groß (Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg)



Fachtagung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“

4. bis 5. Juni 2018 | Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin

Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MdJEV)

In Zusammenarbeit mit: Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB e.V.), World University Service Deutschland e.V. (WUS), Stiftung Nord-Süd Brücken, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung / Referat Reden und Bürgeranfragen, Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg / Abteilung Internationale Zusammenarbeit und dem MdJEV / Abteilung Europaangelegenheiten

Moderation: Detlev Groß (MdJEV) und Heinz-Joachim Lohmann (Ev. Akademie)

Grußwort

Für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele wird die Unterstützung der Gesellschaft gebraucht.

Dafür brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit von Politik im Bund und in den Ländern, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und anderen Akteur*innen für Nachhaltigkeit und in der Entwicklungspolitik.

Deshalb ist es notwendig, sich über die wichtigsten Botschaften, Zielgruppen und Kommunikationsformate auszutauschen, die von der Bevölkerung mitgetragen und weiterverbreitet werden sollen und über die Wege, auf denen die Dringlichkeit der Anliegen kommuniziert wird.

Der Start einer neuen Regierungskoalition ist ein guter Zeitpunkt, sich über eine verbesserte Kommunikation der Akteur*innen untereinander und mit der Gesellschaft auszutauschen.

Wir freuen uns auf einen Diskurs mit Ihnen!



■ Programm ■

Montag, 4. Juni 2018 – 09:45 Uhr bis 12:15 Uhr

- Eröffnung von Staatssekretärin Anne Quart, MdJEV
- Neue Koalition – alte Kommunikation?, MinR Stephan Bethe, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin
- Absicht und Wirklichkeit, Ulrich Post, Welthungerhilfe, Bonn

13:15 Uhr bis 18:15 Uhr

- Europa und die Welt, die wir wollen, Marta Rojas, SDG Action Campaign, Bonn
- Dem Volk aufs Maul geschaut, Johannes Hillje, Das Progressive Zentrum, Berlin
- Meinungen und Trends in der deutschen Gesellschaft, Steffen Braun, Civey GmbH Berlin
- In der Zwickmühle: Widersprüchliche Positionen im Populismus in der Energie-, Klima- und Entwicklungspolitik, Fritz Reusswig, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam

19:15 Uhr bis 21:00 Uhr

- Kamingespräch mit Astrit Zemaj, Geschäftsträger a.i. Botschaft der Republik Kosovo, Berlin; Clemens Potocki, ehem. Head of Section Finance, Contracts & Audit at European External Action Service, Heinz-Joachim Lohmann, Ev. Akademie zu Berlin; Axel von Hoerschelmann, Verein zur Förderung von Wissenschaft und Praxis der Mediation, Berlin.

Dienstag, 5. Juni 2018 – 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr

- Global denken, global reden, global handeln – Impulsreferat: Clemens Potocki
- Spezifische Arbeitsgruppen:
 1. Helles Köpfchen aber keinen Plan
 2. Krieg und (Be-)Frieden
 3. Arm, ärmer, am ärmsten
 4. Migration versus Heimat?
- Zusammenfassung und Auswertung



Zusammenfassung

Heike Möller

Staatssekretärin Anne Quart begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Fachtagung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“. Kommunikation, so gab sie zu Bedenken, ließe sich zwar keinem eindeutigen Indikator zuordnen, sie sei aber ein entscheidender Faktor dafür, die Themen dieser Tagung – nachhaltige Entwicklung, Migration, Klima-, Handels- und Finanzpolitik – stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Sie wies darauf hin, dass Programm und Inhalt auf die Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen des Bundes und der Länder sowie der Kirchen und von Nichtregierungsorganisationen zurückgehe. Ihrem Appell zur transparenten Kommunikation wurde im Verlauf der Tagung Folge geleistet.

Den Auftakt machte Stephan Bethe, BMZ, der auf das Jahr 2015 zurückgriff und eine Reihe der seit Verabschiedung der Agenda 2030 eingeleiteten Projekte und Maßnahmen aufzählte. In der anschließenden Fragerunde stellte er sich kritischen Fragen zur generellen Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung respektive der neuen Koalition bezüglich ihrer Bemühungen und Ergebnisse bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, Flüchtlingspolitik und nachhaltigen Entwicklung.

Ulrich Post, Welthungerhilfe, forderte in seinem Statement einen deutlichen Paradigmenwechsel zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit. Die üblichen Kommunikationsmuster seien erschöpft. Um die Menschen wieder zu erreichen, müssten die gängigen Frames neu definiert werden. Der Ausgangspunkt dafür sei gut, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung und ihre Zustimmung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sei ungebrochen hoch. Selbstkritik bestimmte auch den Tenor in der Kommentar- und Fragerunde.

Wie bringen wir den Menschen und vor allem den Jugendlichen die SDGs nahe? Zu dieser Frage referierte Marta Rojas von der SDG Action Campaign. Unter Anwendung digitaler Kommunikationstechnologien bietet die UN mit ihrer in Bonn initiierten Aktionskampagne eine weltumspannende Plattform für Dialog und Partizipation. Ziel ist es, die magische Zahl von 30 Prozent Bekanntheitsgrad der SDGs in Deutschland zu erreichen. Dafür gibt es UN-Unterstützung für diverse Netzwerke, Akteur*innen und Kampagnen.

Johannes Hillje vom Progressiven Zentrum Berlin stellte die Ergebnisse der umfangreichen Studie „Die Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ vor. Diese qualitative Umfrage in Form von bis zu 40 Minuten dauernden Interviews wurde im September 2017 sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in ländlichen und mittleren Räumen durchgeführt, die insgesamt von überdurchschnittlichen Wahlergebnissen des Front National und der AfD gekennzeichnet waren.

Der zunehmende Bedarf an Meinungsumfragen brachte Steffen Braun, Teilhaber des vor zwei Jahren gegründeten Portals für Online-Marketing Civey, auf die Idee, Online-Umfragen zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen gesellschaftlich relevanten Themen durchzuführen. Aus einem Fragenpool wurden die Antworten auf sechs Fragen zur Entwicklungspolitik herausgefiltert und vorgestellt.

Fritz Reusswig, Soziologe am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), räsionierte über das neu erstarkte „rechte“ Gedankengut und dessen inhaltliche Negation des globalen Klimawandels und seiner Folgewirkungen. Er zählte etliche Beispiele auf, anhand derer er das Narrativ vom „früher war alles besser, weil es da den Klimawandel nicht gab“ offenlegte als die Irreführung einer die konstruktive Auseinandersetzung scheuenden Gruppierung, die glauben machen will, der Klimawandel mache Halt vor nationalen Grenzen.

Den Abschluss des informativen und kompakten Konferenztages machte das Kaminesgespräch. Zum Thema „Raus aus der Nische“ tauschten die Teilnehmer*innen der Runde sich intensiv über die künftige Rolle und Zielsetzung der zivilen und militärischen Entwicklungszusammenarbeit aus. Ein besonderer Schwerpunkt des Gespräches lag auf der Entwicklung der Republik Kosovo seit dem Ende des Balkankrieges sowie auf den positiven Auswirkungen des deutschen entwicklungspolitischen Engagements in diesem Land und der Region insgesamt.

Zu Beginn des zweiten Tages der Veranstaltung stellte Clemens Potocki dem Plenum die Frage: „Stellen Sie sich vor, die Entwicklungszusammenarbeit würde als Aktie gehandelt. Angenommen Sie hätten diese Aktie. Würden Sie sie kaufen, halten oder verkaufen?“ In seiner kritischen Analyse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit kam er zu dem Schluss, dass ein Crash kurz bevorstehe, wir aber die Zeichen nicht erkennen würden. In einem Neun-Punkte-Forderungskatalog fasste er seine Vorschläge zu einer Verbesserung der Situation zusammen, immer gemessen am eigenen Handlungsmaßstab.

Im weiteren Verlauf des Vormittags wurden in vier Arbeitsgruppen folgende Themen mit jeweils einem Inputgeber diskutiert:

1. AG „Helles Köpfchen aber keinen Plan“, moderiert von Detlev Groß. Hier wurde der Zusammenhang zwischen Bildung und Weltoffenheit diskutiert und nach Möglichkeiten gesucht, Kommunikationsprobleme konstruktiv anzugehen.
2. AG „Krieg und (Be-)Frieden“, moderiert von Axel von Hoerschelmann. Wie wird die Sicherheit bei Auslandseinsätzen gewährleistet und welche Rolle spielen Polizisten im Auslandseinsatz. Einen hochinteressanten Einblick in die Praxis vermittelte Heiko Schmidt, seines Zeichens Leiter des Internationalen Zentrums an der Fachhochschule Polizei in Oranienburg.
3. AG „Migration versus Heimat? Geteilter Lebensraum und Homogenitätsvorstellungen“, moderiert von Heinz-Joachim Lohmann. Es wurde u.a. den Fragen nachgegangen, was „Heimat“ für den Einzelnen bedeutet und welche kulturellen Eigenheiten wir bei uns und anderen wahrnehmen.
4. AG „Arm, ärmer, am ärmsten“, moderiert von Wolfgang Grätz. Inputgeber Tim Janßen, geschäftsführender Vorstand des gemeinnützigen Vereins Cradle to Cradle, versuchte, das Kreislaufprinzip des Handelns und Konsumierens zu verinnerlichen, um zu einem schonenderen Umgang mit den Ressourcen zu kommen. Auch hier wurden konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Akteur*innen und Zielgruppen gesammelt.

In einer Schlussrunde wurden die Ergebnisse aus den vier Arbeitsgruppen zusammengefasst. Das Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war überaus positiv, sowohl inhaltlich als auch durch das Ambiente, das ihnen der Tagungsort Schwanenwerder bot. Vielleicht – so wurde die Hoffnung geäußert – gibt es im nächsten Jahr eine Fortsetzung der Gespräche ...



Eröffnung

Anne Quart | Staatssekretärin MdJEU

Willkommen zur Fachtagung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“. Ich freue mich, dass es gelungen ist, sehr unterschiedliche Akteur*innen der Kommunikationsarbeit zusammenzubringen. Im Rahmen des „Europäischen Jahres für Entwicklung“ haben Sie wahrscheinlich alle unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ entwicklungspolitische und Nachhaltigkeitsthemen in vielen Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Aber waren wir erfolgreich? Wie lässt sich Erfolg überhaupt messen? Es gibt keine eindeutigen Indikatoren dafür, was Kommunikationsarbeit ausmacht. Niemand kann bestreiten, dass nachhaltige Entwicklung in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Leider hat sich das Bewusstsein um die Notwendigkeit gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen bislang nicht signifikant im Alltag durchsetzen können. Ein leuchtendes Beispiel ist die zukünftige EU-Steuer für Plastik. Gleichzeitig steigt aber der Verbrauch weiter. Die Wachstumslogik greift noch immer, dauerhaft und leider im Wortsinn „nachhaltig“. Ist bei uns selbst keine Entsorgung des Wohlstandsmülls möglich, exportieren wir diesen in die ärmere Welt. Das ist keine Entwicklungspolitik und kein Beitrag im Sinne der nachhaltigen Entwicklung!

Unser Hang zum Eigenlob ist leider ausgeprägter als der Hang zur Selbstkritik. Vor allem, wenn die entsprechenden Erkenntnisse zu Konsequenzen im Alltagsleben führen müssten. Wir alle stehen vor der Herausforderung, Veränderungen zu bewirken. Notwendig ist der Erfahrungsaustausch unter uns. Welche Formate der Kommunikation haben sich bewährt, welche Zielgruppen sind hinzugekommen. In Vorbereitung und Umsetzung des EU-Entwicklungsjahres gab es erste erfolgreiche Abstimmungsformate, z. B. durch die Steuerungsgruppen zum EU-Entwicklungsjahr und der Zukunftscharta des BMZ, die danach leider nicht mehr so intensiv weitergeführt wurden. Im Rahmen des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere bei den jährlichen Treffen der für Entwicklungspolitik zuständigen politischen Leitungen der deutschen Länder mit Bundesminister Müller war man sich einig, gemeinsam Zusammenarbeit und Austausch wieder zu verstärken. Unsere Konferenz soll ein Beitrag dazu sein. Eine Vielfalt von Vertretern des Bundes und der Länder sowie der Kirche und Nichtregierungsorganisationen hat das Programm für diese Tagung zusammengestellt. Dank an alle, die ihre Ideen, Erfahrungen und Kontakte eingebracht haben, um nun in größerer Runde mit Ihnen das Ergebnis teilen und weiterentwickeln zu können.

Nun ist ein guter Zeitpunkt gekommen, die öffentliche Debatte einzuleiten. Die inhaltlichen Ansatzpunkte liegen auf dem Tisch: Es sind in den letzten Jahren verstärkt ins öffentliche Bewusstsein tretende Themen der Entwicklungspolitik, der nachhaltigen Entwicklung, Migration, Klima-, Handels- und Finanzpolitik. Strategische Kommunikationsarbeit steht im Zentrum dieser Fachtagung. Ohne Rückhalt in den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft werden wir die Veränderungen nicht bewältigen können. Das ist nicht einfach, aber wir wollen es immer wieder mit aufrechter und transparenter Kommunikation versuchen. Dazu soll das sich hier versammelte Netzwerk Input und Ansporn geben. Mein herzlicher Dank geht an die Evangelische Akademie zu Berlin für das Know-how, die Projektträgerschaft, das Engagement für unsere gemeinsamen Themen und nicht zuletzt für diesen wunderschönen Tagungsort sowie an die Referentinnen und Referenten für ihre Bereicherung der Tagung.

Neue Koalition – alte Kommunikation?

Stephan Bethe | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin



Seit knapp zwei Wochen bin ich Leiter des Stabs der Öffentlichkeitsarbeit im BMZ. Erwarten Sie deshalb bitte nicht sofort den großen Entwurf. Heute möchte ich mit Ihnen die Ideen und Erfahrungen der zurückliegenden Zeit teilen; z. B. mit der Zukunftstour durch alle 16 Bundesländer, speziell die der größten Veranstaltungen in Potsdam und München oder der Weltklimakonferenz in Bonn.

Stichwort neue Koalition – alte Kommunikation? Die Koalition ist nicht ganz neu, Ausgangs- und Angelpunkt für unser Politikfeld ist das Jahr 2015 mit der Agenda 2030 und der Klimakonferenz. Für die Politik liegt die Hauptaufgabe darin, sicherzustellen, dass die Agenda 2030 das Maß des Handelns ist und der Bezug dazu immer hergestellt ist. Für die Öffentlichkeitsarbeit bedeutet das, Rechenschaft über das geleistete abzulegen. Transparenz herzustellen und tiefergehende Analysen und Einsichten zu kommunizieren. Die Rahmenbedingungen dafür haben sich verändert:

- Im Umfeld eines wachsenden Populismus sieht sich unsere Arbeit mit neuen Herausforderungen konfrontiert,
- einhergehend mit einem allgemein zunehmendem Vertrauensverlust in die Politik.
- Die Sozialen Medien haben vieles verändert und nicht zuletzt
- das Thema Flucht und Migration.

Dennoch gibt es ein hohes Grundwohlwollen für Entwicklungszusammenarbeit. Die Unterstützung ist groß, aber immer verbunden mit der Sorge, ob sie wirksam ist und nicht die Korruption in den Empfängerländern vieles zunichtemacht. Einiges ist gelungen, beispielsweise die Kindersterblichkeit und die absolute Armut zu mindern. Eine Reihe von Indikatoren beweisen, dass die Welt heute in einem besseren Zustand ist als sie es früher war, nur ist dies im Grunde kaum bekannt. Lediglich 12 Prozent der Befragten kennen überhaupt die Sustainable Development Goals (SDGs), 42 Prozent meinen, davon schon mal etwas gehört zu haben. Das sollte uns zu denken geben!

1. Storytelling: Wie können wir unsere Anliegen besser und sinnvoll vermitteln?

Im BMZ sind Module erstellt worden, um die Zusammenhänge transparenter zu machen. Verbrauchernahe Themen wie die Textilwirtschaft oder die Bedeutung fairer Handelsketten stehen im Fokus. Beispielsweise stellen wir die Arbeitsbedingungen einer Textilarbeiterin in Bangladesch vor.

Vor der Eingangstür des BMZ steht ein Zähler. Er zeigt das Bevölkerungswachstum an. Das berührt viele Vorbeigehende. Wir erstellen pädagogische und didaktische Materialien, die von unserer Arbeit berichten. Auf der Internationalen Grünen Woche haben wir beispielsweise Lieferketten aufgezeigt mit den Themen Reis, Kakao, Textilien – vom Feld bis zum Konsumenten. Damit hoffen wir einen anderen Zugang zu Menschen zu bekommen, die sich sonst nicht mit dieser Thematik beschäftigen.

2. Faktenvermittlung und Anreiz zum Engagement

Wie können wir Verbindungen herstellen zu den Menschen hier und weltweit? Indem wir mit einem optimistischen Ton über die Wirksamkeit unseres Tuns und Handelns berichten. Minister Müller geht dabei mit gutem Beispiel voran, siehe Zukunftstour, Zukunftskongress etc.

3. Hintergrundberichte für neue Zielgruppen

Wie erreichen wir Menschen, die mit Entwicklungspolitik nichts zu tun haben? Wie erreichen wir die Meinungsführer der kommenden Jahrzehnte? Nach Möglichkeit wie in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit Partner*innen aus den Bereichen der Zivilgesellschaft und NGOs, Wissenschaft, Kirchen, Sport etc. Wir fragen unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen ab und versuchen, Einzelpersonlichkeiten des öffentlichen Lebens anzusprechen, die wir sonst so nicht erreichen. Die klare Einschätzung von professionellen Akteur*innen erleichtert die Zusammenarbeit sehr.

Für die Themen Globalisierung, Nachhaltigkeit, Marshallplan Afrika, Beschäftigung, Klima, Welt ohne Hunger ist das neue UN-Format „Global Festival of Action“ in Bonn gedacht. Wir arbeiten zusammen mit Engagement Global, um für die Agenda 2030 zu begeistern. Es gibt Projekte mit Schulen, Musikfestivals, Ausstellungen im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit mit NGOs und Vorbereitungen für die EU-Ratspräsidentschaft 2020. Mittels Crossmedia-Kampagnen wird in Zukunft mehr getan werden müssen für das gemeinsame Verständnis, da junge Menschen Information über digitale Medien aufnehmen.

■ Erste Fragerunde ■

Sind Sie zufrieden damit, was im Koalitionsvertrag über Kommunikation steht?

Was sind aus ihrer Sicht die Fehler der letzten Jahre? Die Wechselstimmung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung ist noch nicht gegeben.

Hamburg hat als kleines Bundesland keine eigene Kommunikationsstrategie, gibt es auch Kommunikationsformen, die das BMZ aufgegeben hat?

Was sollen wir den Schüler*innen kommunizieren, wenn die reale Situation wie z.B. das Thema Bevölkerungswachstum bei ihnen Beklemmungen und Ängste auslöst?

Kommunikation läuft desto einfacher, je mehr man sich an positiven Vorbildern orientieren kann – gibt es hier evtl. ein deutsches Problem? Zwei Beispiele: 1. Ein geflüchtetes Mädchen konnte positiv über Merkels Flüchtlingspolitik kommunizieren. 2. Die Manipulationen beim Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen – Solidarisierung mit den Opfern – aus der gleichen Richtung zwei Signale, einmal positiv, einmal negativ belegt – Hier stellt sich die Frage, was ist das Ziel, damit gleich die richtige Entscheidung getroffen werden kann?

Marshallplan Afrika – was wird zu Afrika in der Öffentlichkeit kommuniziert? Der Begriff ist eigentlich durch das Hilfsprogramm für Nachkriegsdeutschland besetzt. In Afrika gibt es 56 Staaten, allein deshalb ist es schon nicht möglich, diesen Plan einfach zu übertragen.

Ohne die Wirtschaft einzubeziehen wird sich nicht ändern. Was hat sich z. B. in der Textilbranche geändert?

■ **Erste Antwortrunde Bethe**

Der Koalitionsvertrag ist eine gute inhaltliche Grundlage, denn es gibt einen sehr klaren Bezug zu den Klimavereinbarungen von Paris. Sich mit Kommunikationsschwächen der Vergangenheit zu befassen ist das Eine, entscheidender ist es darüber nachzudenken, wie wir unsere Geschichten erzählen, wie wir die Menschen erreichen können. Deshalb wurden bestimmte Kommunikationsakzente neu gesetzt. Wir geben z. B. Informationsmaterial an die Bundesländer. Bei der Verbreitung dieser Informationen nehmen die digitalen Medien einen immer breiteren Raum ein, während Printprodukte an Bedeutung verloren haben.

Ist der Weltbevölkerungszähler sinnvoll? Ja, man braucht Fakten in der Kommunikation, um kritische Anstöße geben zu können. Allein mit Fakten erreicht man keine Verhaltensänderung. Kommunikation braucht Emotionen, auch wenn damit Ängste ausgelöst werden z. B. bei Schülerinnen und Schülern.

Was den Marshallplan für Afrika betrifft, ist eine kritische und offene Diskussion wichtig. Unter kommunikativen Gesichtspunkten löst der Begriff „Marshallplan für Afrika“ Assoziationen aus, die bewirken, sich mit Afrika auseinanderzusetzen. Damit ist das Thema ein Stück weit in der Bevölkerung angekommen.

Ganz besonders die Textilwirtschaft soll in die Pflicht genommen werden. Es ist ein langer Weg, aber in den letzten vier Jahren ist es wirklich gelungen, das Thema in den Vordergrund zu stellen. Arbeitet man mit gesetzlichen oder freiwilligen Vorgaben? Unter kommunikativen Gesichtspunkten ist das Thema bezüglich der Lieferketten gut auf die Tagesordnung gesetzt worden. Heute gibt es bessere Möglichkeiten, sich über entsprechende Siegel (evtl. Einführung eines „grünen Knopfes“) zu informieren. Das Bewusstsein, dass etwas passieren muss, greift Raum und das ist positiv.

■ **Zweite Fragerunde**

Wenn Kunden in Scharen mit Tüten, bspw. der Marke Primark aus dem Zug in Eberswalde steigen, stellt sich doch die Frage, wo da der Erfolg ist? Wie kann man Menschen mit kleinen Einkommen bzw. kinderreiche Familien erreichen, damit sie dort nicht mehr einkaufen?

Warum hat das BMZ freiwillig den Rückzug aus dem deutschen Klassenzimmer angetreten? Es gab hervorragendes Bildmaterial (siehe Weltkarte), das Fakten darstellte, aber vom BMZ eingestellt wurde.

Gibt es konkrete Strategien, wie man neue Zielgruppen, z. B. bei Asylfragen erreichen kann?

Es besteht nicht der Eindruck, dass es mehr negatives Potenzial in der Bevölkerung gibt, es wird nur deutlicher wahrgenommen. Das gilt auch für die neuen Medien: Sie dienen als Sprachrohr für Meinungsäußerungen derjenigen, die früher nicht gehört werden konnten. Man sollte sich eher mit den vielen Beweggründen beschäftigen, warum sich Leute äußern.

Der Bereich der Entwicklungspolitik ist insgesamt sehr klein, mit relativ geringen Aktivitäten und kaum messbaren Grenzwerten. Auch wird es nie eine gesellschaftlich bestimmende Art des Konsumierens geben. Das bedeutet, wir müssen stärkere Partner*innen wie Ministerien und die Bundesregierung finden, um unsere Anliegen zu kommunizieren.

Wir brauchen griffige und klare Slogans – mehr Demokratie wagen – war z.B. so ein eingängiger, um mit einem prägnanten Ausdruck in die Diskussion zu kommen. Wer weiß denn noch, was mit Marshallplan gemeint war/ist? Wir müssen die Verbindung von Narrativ und Inhalten schaffen.

Warum sind die Mittel für die inländische Entwicklung der Kommunikation nicht gestiegen? Wie ist das vereinbar mit dem Satz, dass Kommunikation so wichtig ist.

Was wird mit der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Kopplung von Verteidigungs- und Entwicklungspolitik bezweckt?

Ist Ihr Ziel, in den nächsten vier Jahren Märchenbücher zu schreiben oder sollen die SDGs umgesetzt werden können? Das wäre beispielsweise ein Ziel!

Auch im Globalen Norden gibt es Entwicklungsregionen und in Deutschland vom Wohlstand abgehangene Familien. Was geht von Deutschland aus in die Welt? Wäre es nicht an der Zeit, auch von seinen eigenen Schwächen zu erzählen, sich damit auf Augenhöhe zu begeben und neue Räume zu schaffen, sich zu begegnen?

■ **Zweite Antwortrunde Bethe**

Das Textilthema ist überhaupt noch nicht gelöst (siehe das Beispiel der Primark-Tüten). Hier muss kontinuierlich mit sehr viel Nachdruck gearbeitet werden.

Die Diskussion über den Bevölkerungszähler löst auch in unserer Runde viele Fantasien und kritische Anmerkungen aus. Für mich ein Hinweis, dass die Gesellschaft sich der Dimension des eigenen Politikfeldes ein Stück weit nähert. Somit erfüllt der Zähler seinen Zweck und erreicht Wirkung, auch wenn es mehr positive Geschichten geben sollte.

Es gibt keinen absichtlichen Rückzug aus Klassenzimmern, im Gegenteil: Das Budget hierfür wurde aufgestockt. Mittlerweile hängt eine Weltkarte von Engagement Global in mindestens gleicher Auflagenhöhe in den Klassenzimmern, allerdings nicht mit dem Logo des BMZ versehen. Ich nehme die Anregung gerne mit!

Wir nutzen unterschiedlichste Wege, möglichst viele Zielgruppen zu erreichen: Auf Messen, z. B. bei der Grünen Woche, mittels Verkaufsgespräche über die Produktion von Schokolade, Baumwolle etc. Hier kann man die Menschen gut erreichen, sowohl Schulklassen als auch Erwachsene. Oder auf einem Musikfestival, dort haben die Leute Zeit und Muße, sich mit diesen Themen zu beschäftigen.

Warum Entwicklungshaushalt und Verteidigungshaushalt eins zu eins miteinander verbunden wird? Das ist ein eher taktisches Agieren. Man will sich international gegenseitig den Rücken

stärken, um sich nicht ausspielen zu lassen. Für detaillierte Auseinandersetzungen diesbezüglich bin ich allerdings nicht der Ansprechpartner.

Können die SDG-Ziele dekliniert werden? In manchen Bereichen sind wir auf einem guten Weg. Wir sind konkret geworden und setzen dabei unterschiedliche Kommunikationsmittel ein.

Was den Paradigmenwechsel beim Afrikabild aus deutscher Sicht betrifft, stimme ich Ihnen voll zu.





Absicht und Wirklichkeit

Ulrich Post | Welthungerhilfe, Bonn

Vor einigen Jahren hatte die Pressestelle der Welthungerhilfe anlässlich des Welternährungstages ein Foto an Printmedien geschickt, das fröhliche ruandische Kinder beim Essen zeigte. Sie hatte es mit einer Bildunterschrift versehen, die Mut machte und Optimismus verbreitete, aber auch zu weiterem Handeln aufrief. Was haben die Zeitungen daraus gemacht? Sie haben die Anregung dankbar aufgenommen, haben jedoch das Foto ausgetauscht gegen ein klassisches Elendsbild und darunter einen herzerreißenden Text gestellt. Zur Rechtfertigung sagten Redakteur*innen, dass man Nachrichten und Bilder veröffentliche, die in die vorherrschenden Deutungsmuster der Leserschaft passten.

Deutungsrahmen und ihr Gebrauch sind ein Thema dieses Textes. Zunächst aber ein paar Fakten: Das deutsche Evaluierungsinstitut (in einer noch nicht veröffentlichten Studie), das Sinus Institut und auch das Institut für Meinungsforschung Allensbach haben kürzlich Umfragen veröffentlicht, die alle darauf hinweisen, dass die Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland zur Entwicklungspolitik ungebrochen hoch ist. Die Deutschen unterscheiden dabei kaum nach Motiven für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, wie zum Beispiel Wirtschaftsförderung, Sicherheit, Fluchtursachenbekämpfung oder moralische Verpflichtung.

Aber: Gefragt nach zentralen Zukunftsanforderungen für Deutschland wird Entwicklungspolitik ganz weit unten platziert. Vorne finden wir: Zuwanderung kontrollieren, mehr für die innere Sicherheit tun, die Renten sichern, für soziale Gerechtigkeit sorgen. Und noch etwas: 62 Prozent der Befragten kritisieren, dass Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wegen Korruption nicht ankomme und dass die Verwaltungskosten von Entwicklungsorganisationen viel zu hoch seien. Selbst 71 Prozent der Befürworter von EZ teilen diese Zweifel. Ein Viertel der Befragten hält die EZ für unwirksam, nur 10 Prozent für wirksam. Der Rest hat so seine Zweifel. Zudem ist das Wissen über EZ – ihre Schwerpunkte, die wichtigsten Akteur*innen, über Armutsbekämpfung – sehr gering. Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind nahezu unbekannt.

Irgendetwas müssen wir richtig gemacht haben, wenn die Zustimmungsrate insgesamt immer noch so hoch ist. Aber irgendetwas müssen wir wohl auch noch besser machen, wenn EZ einen höheren politischen Stellenwert bekommen soll. Denn Menschen beziehen ihre Einstellung aus vielerlei Dingen – der Erziehung oder eigener Erfahrung, aber eben auch aus Medien und direkt von den Akteur*innen der EZ. Dass EZ in den meisten Medien keine große Rolle spielt und in der Berichterstattung häufig Klischees und Stereotype bedient werden, wissen wir schon lange.

Wie aber sieht es mit unserer eigenen Kommunikation aus? Ein paar Dinge sind mir aufgefallen. Sie sind nicht vollständig, aber es lohnt sich, einen genaueren Blick darauf zu werfen:

1. Wir sind sehr gut darin, unsere Schwächen zu untersuchen, insbesondere die Schwächen unserer Auslandsarbeit. Wir wissen aber sehr wenig darüber, was uns gut gelungen ist. Wenn Erfolge kommuniziert werden, dann zu Einzelprojekten.

2. Wir kommunizieren in Silos – sowohl in unserer Community als auch in der Gesellschaft. Unsere eigenen Anliegen sind uns immer die wichtigsten. Das gilt auch für die nachhaltigen Entwicklungsziele: Anstatt gemeinsam besonderes Gewicht auf den Paradigmenwechsel und den Transformationscharakter zu legen, stellen fast alle NGOs ihre jeweiligen ureigenen Anliegen (Kinder, Behinderte, Ungleichheit, Frauen, Hunger usw.) immer nach vorne. So verliert man an Schlagkraft.
3. Sowohl die NGOs als auch das BMZ tapen immer wieder in die Omnipotenzfalle und versprechen Dinge, die sie nicht halten können. Früher wollten wir mit Entwicklungshilfe den Kommunismus bekämpfen, heute geben wir an, Migration verhindern zu können, indem wir in den Herkunftsländern bessere Bedingungen schaffen. Das wird uns noch auf die Füße fallen, weil Entwicklungshilfe weder Fluchtursachen noch Migration bekämpfen kann.
4. Wir warnen etwas zu häufig („Fünf vor 12“) und fordern oft Einschränkungen von den Menschen in Deutschland. Der Mahnungen sind viele überdrüssig und Einschränkungen hat keiner gerne, vor allem nicht die, die sich ohnehin einschränken müssen. Wir entwickeln zu wenig positiv besetzte Lösungsvorschläge.
5. In der Kommunikation mit der Politik oder Wirtschaft sind manche unserer Anliegen schlicht nicht andockfähig an den Stand der politischen Diskussion. Das müssen wir ändern.
6. Spenden sammelnde NGOs bedienen bei der Spendenwerbung mitunter Stereotype und kollidieren so mit den Bildern, die sie eigentlich verbreiten möchten. Nämlich: Menschen sind nicht nur Opfer, nicht nur Objekte von Hilfe, sondern immer auch Subjekte ihres Handelns. Ziel unseres Handelns ist: Selbstständigkeit, Selbstbestimmung, Beteiligung, Förderung von Potenzialen, wirtschaftliche Verbesserung.
7. Wir haben in unserer Kommunikation zu wenig Verbindung zu den Sorgen und zu den Vorkenntnissen von Teilen der Bevölkerung. Dass die Vorkenntnisse zu den SDGs sehr gering sind, habe ich bereits erwähnt. Auch die Sorgen hatte ich genannt, etwa die Zuwanderung zu kontrollieren, mehr für unsere innere Sicherheit zu tun oder die Renten zu sichern. Unsere Kommunikation zum Thema Migration ist typisch für Angehörige der Mittelschicht ohne Abstiegsängste. Sie erreicht aber nicht diejenigen, die die Sorgen haben.

Die holländische Kommunikationswissenschaftlerin Mirjam Vossen¹ hat sich vor kurzem gemeinsam mit zwei Kollegen die Mühe gemacht, neun verschiedene Frames zu identifizieren, die in Medien benutzt werden, um globale Armut zu beschreiben. Frames sind gedankliche Deutungsrahmen, sie verleihen den Fakten eine Bedeutung. Sie heben bestimmte Fakten und Realitäten hervor und lassen andere unter den Tisch fallen. Sie bewerten und interpretieren also. Frames werden von Medien genutzt; sie sind aber schon vorhanden, etwa in der breiten Öffentlichkeit oder auch in der Kommunikation von EZ-Akteur*innen. Die gängigen Frames zum Thema Armut sind folgendermaßen beschrieben:

¹ Mirjam Vossen / Baldwin van Gorp / Lau Schulpen: Thinking and Writing About Global Poverty: A comparison of journalist frames and media frames, Journalism Studies, Vol.4/2017.

Frame	Beschreibung	Problem
Das Opfer	Das Leben ist voller Tragödien; unschuldige Menschen werden von höheren Kräften überwältigt	Armut ist eine Tragödie, die unschuldige Menschen trifft und menschliches Leid verursacht
Fortschritt	Fortschritt und Entwicklung erhöhen das Wohlergehen aller Menschen	Armut ist Mangel an Fortschritt und Entwicklung
Soziale Gerechtigkeit	Eine sozial gerechte Gesellschaft anerkennt die Würde, Gleichberechtigung und die Menschenrechte jeder Person	Armut ist das Ergebnis von Ungerechtigkeit und Ungleichheit
Schlechte Regierungen	Schlechte politische Führer gierern nach persönlichem Reichtum und Macht; sie dienen nicht den Interessen ihres Volkes	Armut ist ein Ausdruck von schlechten Regierungen in armen Ländern
Das globale Dorf	Wir leben in einem globalen Dorf und haben eine gemeinsame Verantwortung für unsere Zukunft	Armut steht einer nachhaltigen Zukunft für alle im Weg
Gib uns die Schuld	Menschen verhalten sich unmoralisch und müssen für ihre Sünden Buße tun	Die reiche Welt schadet der armen Welt
Jeder Mensch für sich	Jeder Mensch ist selbst verantwortlich für Wohlstand und Glück in seinem Leben	Armut ist abhängig von individueller Verantwortung
Bevorstehendes drohendes Unheil	Die Stabilität unserer Gesellschaft ist unter dauernder Bedrohung durch äußere Kräfte	Armut ist eine dauerhafte Bedrohung für die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand in reichen Ländern
Der Lauf des Lebens	Alles auf der Erde hat einen vorbestimmten Platz im Laufe des Lebens	Armut ist nicht ein Problem, sondern ein natürlicher Zustand

Es geht jetzt nicht darum, einen bestimmten Frame zu loben oder einen anderen zu tadeln. Es geht darum, die eigene Kommunikation zu reflektieren und gegebenenfalls den Frame zu wechseln. Frames sind nicht für die Ewigkeit bestimmt. Wem es darauf ankommt, mehr Engagement, Begeisterung und politische Schlagkraft für globale Solidarität zu erreichen, für den gibt es eben auch die Möglichkeit des Re-Framings, also des Umdeutens oder Perspektivwechsels ungeliebter Frames.

Drei Beispiele für Re-Framing: Das Glas ist halb voll oder halb leer. Die Menge der Flüssigkeit im Glas bleibt gleich, aber ich betrachte sie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Zweites Beispiel: Scherben bringen Glück. Mir ist ein Unglück passiert, weil ich ein Glas oder einen Teller habe fallen lassen. Aber anstatt mich darüber zu ärgern, deute ich das Un-

glück um. Ein einerseits sehr amüsanter, andererseits durchaus ernstzunehmender Beitrag zur Reframing-Debatte ist drittens die Arbeit von *Radi-Aid*, einer norwegischen Studentengruppe, die vom dortigen Entwicklungsministerium unterstützt wird. Vor wenigen Jahren stellte sie bei YouTube ein Video ein, das in sehr vielen Ländern viral verbreitet wurde. Es nutzt die herkömmlichen Stereotype beim Fundraising und stellt sie gleichzeitig auf den Kopf. In dem Video geht es um Afrikaner, die Heizkörper für Norwegen sammeln, damit die Kinder dort nicht so frieren müssen. Mittlerweile gibt es weitere Videos von *Radi-Aid*. Sie fordern von den Medien mehr Respekt vor Menschen in Entwicklungsländern, fordern mehr und bessere Informationen über das ein, was in der Welt passiert, möchten auch beim Fundraising ehrlich über wirkliche Veränderung erfahren und beharren darauf, dass Hilfe auf wirklichen Bedürfnissen beruhen sollte, nicht auf guten Absichten.

Aus meiner Sicht könnte entwicklungspolitische Kommunikation erfolgreicher sein, wenn wir:

- Ehrlicher kommunizieren, auch Niederlagen und Rückschläge eingestehen. Es weiß doch eh jede und jeder, dass nicht jedes Projekt und Programm gelingt. Gleichzeitig müssen wir die positiven Wirkungen der EZ insgesamt viel stärker hervorheben – aber nicht nur für Einzelprojekte, sondern für Sektoren oder Regionen – und das auch für abgeschlossene Programme und nicht nur für neu begonnene. Erfolge gibt es zum Beispiel in den Bereichen Armut, Bildung, Gesundheit, Stabilisierung von Gesellschaften, ja auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Die Begrenztheit der Entwicklungspolitik ansprechen. Wir können nicht Migration verhindern oder Kriege beenden. Das bewahrt uns auch vor der Omnipotenzfalle.
- Weniger Katastrophenszenarien an die Wand malen. Von Henning Mankell stammt der Satz „Wir lesen zu viel darüber, wie Afrikaner sterben, aber zu wenig darüber, wie sie leben.“
- Besser an gemeinsamen Zielen mit anderen arbeiten. Wenn sie durchsetzungsfähiger werden wollen, müssen die Akteur*innen der EZ besser zusammenarbeiten, mehr gemeinsame Kampagnen oder Ähnliches durchführen. Besonders wirkungsvoll wäre das, wenn man dazu Partner*innen jenseits des Entwicklungssektors fände.
- Nicht tatenlos zuschauen, wie der neue Entwicklungsnarrativ verwendet wird. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass EZ in Zukunft stärker an politische Interessen oder außenpolitische Prioritäten gebunden sein wird, auch die Kommunikation darüber. Das ist der sogenannte Aid-is-good-for-us-Narrativ, d. h. also: Hilfe hilft uns, zum Beispiel indem sie Migration verhindert oder den Terrorismus bekämpft oder Arbeitsplätze bei uns schafft. Wir dagegen sollten immer wieder den „Erstnutzen“ der Entwicklungszusammenarbeit betonen, also zum Beispiel die Überwindung von Armut und Hunger. Gleichzeitig sollten wir den Aid-is-good-for-us-Narrativ umdeuten, also reframe. Denn EZ ist tatsächlich gut auch für uns, weil sie zu einer friedlicheren und stabileren Welt beiträgt. Und die ist gut für uns.

In vor Kurzem geführten Interviews eines renommierten Marktforschungsinstitutes mit Spendern einer deutschen Hilfsorganisation kamen die Forscher zu zum Teil erstaunlichen Ergebnissen. In Deutschland, so stellten sie fest, wird ein Veränderungsdruck spürbar; die Not kommt zu

uns. Die mentale Abschottung funktioniert nicht mehr, Deutschlands Grenzen werden als nicht dicht wahrgenommen. Es gebe sichtbar mehr Fremdheit und mehr Armut. Es könne, so die Mehrheit der Interviewten, nicht so bleiben wie bisher. Die Probleme in afrikanischen Ländern entmutigen besonders. Ein guter Ausgang dieser Probleme sei nicht in Sicht. Weil das Vertrauen in die Politik abgenommen habe, erwarten die Befragten Orientierung von Hilfsorganisationen, die mehr Lösungen anzubieten hätten als die Politik. Ganz besonders, wenn es um die Hoffnung auf eine bessere Welt gehe. Diese Hoffnung nennen die Forscher „Welttrittungsdruck“. Selbst wenn man diesen Druck als zu gewaltig empfindet und er dazu führen kann, in die Omnipotenzfalle zu tappen, so steckt in ihm doch auch eine große Chance für die Entwicklungsorganisationen. Eine Chance, um noch mehr Zustimmung zu unserem Arbeitsfeld zu gewinnen, das Wissen darüber zu verbessern und den politischen Stellenwert zu erhöhen. Und last but not least ist es eine Chance, auch solche Bevölkerungsgruppen in das Gespräch mit einzuschließen, die bisher ausgeschlossen sind oder sich ausgeschlossen fühlen.

Kommentar- und Diskussionsrunde

Oxfam hat bereits vor zehn Jahren das Verständnis der eigenen Botschaften überprüft. Das Ergebnis war ähnlich niederschmetternd. Alle dürfen sagen, wo die Fehler in der eigenen Kommunikation waren, um daraus zu lernen. Als Verfechter der Omnipotenz weiß ich auch, dass sich nicht alles auf Entwicklungszusammenarbeit reduzieren lässt. Entwicklungspolitik ist größer, da heißt es raus aus der Nische!

Es sollte mehr Kooperationen außerhalb der Entwicklungszusammenarbeit geben. Kampagnen kranken oft daran, dass jeder mit seinem Namen und seinem Anliegen genannt werden will. Hier sollte mehr Zurückhaltung erfolgen.

Ich komme gut voran, wenn ich die Grundziele in der EP kenne, aber mich als ständig Lernenden begreife, um auch in der Sprache der Partner*innen reden und agieren zu können. Politische Korrektheit allein – Beispiel „Dritte Welt“ – ist nicht entscheidend, wenn die Sprache in der kommuniziert wird, nicht den Zielen entgegensteht.

Wir haben es in zivilgesellschaftlichen Gruppen nicht geschafft, mit dem Format der öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Gründung von VENRO weiterzuarbeiten und voranzukommen. Das Gemeinsame fehlte. Der G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 war die letzte Gelegenheit, eine große Menge zu erreichen. Seitdem sind wir nur noch mit uns selbst beschäftigt. Es ist uns nicht gelungen, Akzeptanz für Veränderungsprozesse in der Gesellschaft zu erreichen. Es geht nicht darum, den Leuten zu erklären was sie abgeben müssen, sondern zu erklären, was sie machen können, um Benachteiligung zu vermeiden.

In den letzten Jahren gab es medial zwei große Aufreger: Ein Film darüber, wie Tausende Menschen aus ihrer Not heraus auf dem afrikanischen Kontinent Richtung Europa marschierten und der Zweite war eine Folge der Lindenstraße, in der es um die *Eine-Welt-für-alle*-Kampagne mit dem „N***mädchen“ ging.

Während man in der Vergangenheit viel zu sehr projektbezogen aus der Opfersicht Einzelner gearbeitet hat, um Spenden anzuregen, wollen die Menschen heute Teil einer spannenden Bewegung sein, um etwas Welttrettendes zu erreichen. Dafür müssen größere

Zusammenhänge dargestellt werden. Einerseits will man gut dastehen und bedient den egoistischen Aspekt. Man will teilhaben am Transformationsprozess – vom Dorf ins Abenteuer Stadt – und gleichzeitig Kontrapunkte setzen zu einer Werbung wie „Geiz ist geil“, die auch die Psychologie bedient.

Zum Begriff Augenhöhe und Demokratie: Wir müssen stärker lernen miteinander zu kommunizieren, um eine gegenseitige Einflussnahme und Stützung zu erreichen. Es sollen nicht nur Freiwillige in den Globalen Süden gehen, sondern auch Menschen von dort zu uns kommen, die wir in unsere Gemeinschaft einbinden.

Wir sollten unsere Erfolge in den Sektoren kommunizieren und nicht über einzelne Projekte reden. China beispielsweise ist eine Erfolgsgeschichte, wird aber zunehmend zum Rivalen stilisiert. Wir sehen immer nur vom Problem aus, aber nicht, wohin wir wollen. Wir lösen zwar einzelne Probleme, aber dadurch entstehen zum Teil neue. Die SDGs können uns helfen, ein positives Bild von einer gerechten Gesellschaft zu schaffen. Aber Erfolge wollen doch manche doch gar nicht hören! Bevölkerungsexplosion? Da kommen ein paar Seuchen und dann werden wir wieder weniger ...

Wenn unser Migrant*innenverein zusammenkommt, stellen wir immer wieder fest, dass die Deutschen sehr unzufrieden sind und wenig positiv denken, obwohl es viele Weiterentwicklungen gibt. Stichwort Kolonialitäten: Hier in Deutschland wird diesbezüglich oft weitergedacht und gehandelt als in Frankreich oder den Niederlanden. Die Frames passen nicht immer, nimmt man Entwicklungshilfe raus und stellt die Begegnung ins Zentrum.

Die 1990er-Jahre wurden in der Entwicklungspolitik als Zeitenwende empfunden. In der Analyse stellt sich die Frage: Gibt es erneut eine Zeitenwende?

■ Antwortrunde Post

Menschen suchen Orientierung, aber viele der traditionellen Organisationen, Institutionen und Kirchen sind nicht in der Lage, derartige Orientierungen zu entwickeln, nach denen gefragt wird.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl neuer Allianzen über den eigenen Bereich hinaus, beispielsweise mit Museen. Auch wollen jetzt sehr viele Unternehmen Projekte finanzieren, um eine Markterschließung für sich zu haben, die sie allein nicht schaffen. Neue Allianzen sind viel wichtiger für die innenpolitische Arbeit. In meiner ehemaligen Funktion als Geschäftsführer von Germanwatch habe ich während der Klimakonferenz bei Vertretern deutscher Versicherungsunternehmen gemerkt, wie viel Power hinter den Unternehmen steckt.

Im Dialog über Alltagsthemen ist vor allem wichtig, wie wir mit Pöbeleien umgehen, die Menschen verletzen, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben. Auch müssen wir als Community Ideen entwickeln im Umgang mit dem Thema Migration und dabei an Tabus herangehen, die wir inhaltlich haben.



Europa und die Welt, die wir wollen

Marta Rojas | SDG Action Campaign, Bonn

In den nächsten Minuten möchte ich Ihnen einige Programme vorstellen, mit denen wir weltweit zusammenarbeiten. Dabei geht es im Wesentlichen darum, das Verständnis für die Kommunikation zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen (UN) zu vertiefen.

Die *UN SDG Action Campaign* geht zurück auf eine Initiative des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon. Ziel ist es, eine weltumspannende Plattform zu bieten, auf der Menschen mit Wissen und Werkzeugen ausgestattet werden, um Meinungen und Erfahrungen auszutauschen sowie eine aktive Beteiligung anzuregen und so die SDGs weltweit ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Mithilfe modernster Kommunikationstechnologien und der Beteiligung unterschiedlichster Partner*innen soll der Dialog zwischen den politischen Führungen und ihrer Wählerschaft transparent und partizipativ geführt werden. Dabei wird besonders darauf geachtet, die Lebenssituation des am stärksten marginalisierten und verletzlichsten Teils der Bevölkerung kenntlich zu machen und zu verbessern.

Auf der Plattform www.myworld2030.org hat jeder die Möglichkeit, in einer Umfrage seine persönlich wichtigsten sechs SDGs und deren Konsequenzen für das eigene Leben zu benennen. Die ermittelten Daten können aktuell auf der Webseite abgerufen werden.

UN Virtual Reality spiegelt die Macht der eindringlichen Geschichten wider. Mit 360°-Videos und ergänzenden Tools werden die Geschichten derjenigen erzählt, die am stärksten gefährdet sind, sollten die SDGs nicht eingehalten werden. So werden Inhalte geschaffen, deren Verbreitung den UN-Einfluss steigern und Fundraising sowie Training und Ausbildung ermöglichen soll.

Das jährlich in Bonn stattfindende *Global Festival of Action for Sustainable Development* ist eine Art Messe, bei der die Akteur*innen benannt und gefeiert werden, die ihre Erfahrungen, Neuerungen und Erfolge bezüglich der Anwendung der SDGs vorstellen und praktische Lösungen anbieten, die das Leben verändern können.

Die *UN SDG Action Challenge* ist ein jährlich stattfindender Wettbewerb, in dem die besten Beratungen und Kommunikationsinitiativen rund um die SDGs belohnt werden. Seit mittlerweile mehr als drei Jahren organisiert diese Kampagne die Veranstaltung und bietet auch das Rüstzeug und die Möglichkeit für die Teilnehmenden, in ihrem eigenen Umfeld nationale und kommunale Wettbewerbe und Preisverleihungen zu organisieren und zu gestalten.

Gemeinsam mit dem Industriepartner Canon werden Jugendliche aus aller Welt im Bereich Foto, Video und 360°-Medien geschult. Sie entwickeln eigenständig Film- und Bildgeschichten, die ihre Sicht auf die SDGs zeigen. Ziel des Programmes ist es, jugendliches Engagement zu fördern, dessen Verständnis für globale Themen zu wecken, damit die jungen Menschen ihren Teil dazu beitragen können, öffentliches Bewusstsein und Handeln im Sinne der SDGs in Gang zu setzen.

Der Fokus soll auf menschliche Geschichten gelegt werden. *Humans Of My World* ist ein bildgeschichtliches Erzählprojekt, das die menschlichen Geschichten hinter den reinen Daten und den SDGs erfasst. Jugendliche reisten in über 30 Länder der Welt und machten Fotos von und Interviews mit Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen. Heute unterrichten wir junge Menschen darin, diese gesammelten Geschichten in ihren Kommunen weiterzuerzählen. Sowohl online als auch offline könne diese auf Veranstaltungen weltweit in Ausstellungen und Kampagnen präsentiert werden.

Mittels Virtual Reality bringt die *UN Action Day Campaign* neue Technologien und kreatives Storytelling zusammen, um Individuen zu ermöglichen, ihre persönlichen Erlebnisse mit den SDGs zu teilen und eine Brücke für mehr Verständnis, Empathie und gemeinsamer Verantwortung zu schaffen.

Das *SDG Studio* ist eine einzigartige interaktive Plattform, um den öffentlichen Diskurs zu generieren, neue Ansätze und revolutionäre Lösungen zu präsentieren und Räume zu schaffen, um Menschen eine Stimme zu geben.

#Spreadyourgoals2030 verbindet Illustrator*innen, Augmented Reality, Influencer*innen und Vertreter traditioneller und neuer Medien in ganz Deutschland. So wurden mit den Kampagnen in 442 Kinos und mobilen Applikationen über 8 Millionen Menschen erreicht und 29 Millionen Kontakte durch traditionelle Medien geschaffen.

Mit all diesen Programmen, die zum Teil sehr wirkungsvoll sind, versuchen wir, die SDGs einem breiten Publikum zu vermitteln. Die *UN Action Day Campaign* nimmt den Jahrestag der Annahme der SDGs am 25. September 2018 zum Anlass, zu weltweiten Aktionen in den Mitgliedstaaten aufzurufen, um den Menschen über die SDGs zu berichten. Lokale Aktivitäten werden aus dem digitalen Kontrollzentrum der UN in die Welt übertragen.

■ Diskussionsrunde ■

Frage: Angeblich kennen nur 20–25 Prozent der Deutschen die SDGs. Wie gedenken Sie, diese Zahl zu verbessern?

Antwort: Die magische Zahl ist 30 Prozent. Das bereitet uns auch viele Schwierigkeiten. Die Bildsprache der 17 Icons der einzelnen Ziele ist sehr stark und muss erklärt werden.

Frage: Es ist gut, an die Influencer*innen und Multiplikatoren heranzutreten, aber das „how to do it“ wäre auch wichtig zu kommunizieren. Bei dem Festival 2017 hatte ich den Eindruck, dass die besten Ideen aus dem afrikanischen Raum kamen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, die SDGs in Deutschland mehr publik zu machen?

Antwort: Die Idee der Action Campaign kam aus Deutschland. Wir entwickeln Spiele, Comics und setzen viele andere Materialien ein, um die SDGs bekannter zu machen. Es gibt einen digitalen Austausch. Ideen müssen nicht notwendigerweise aus Deutschland kommen. Es fragt sich, wie das, was in anderen Ländern gemacht wird, hier adaptiert werden kann. Es ist sehr wichtig, dass am Ende jeder Geschichte aufgezeigt wird, wie es weitergehen kann. Man kann bei Kampagnen mitmachen und die Erkenntnisse daraus umsetzen.

Kommentar: Es gibt ein Projektformat, in Zusammenarbeit mit dem MdJEV entwickelt, das versucht, die SDGs in die Schulen hineinzubringen. Inhalte, die über die 17 Ziele transportiert werden, geben den Schüler*innen die Aufgabe, die Ziele aus ihrem Leben den SDG-Zielen zuzuordnen. Sie knüpfen so an die SDGs an und bringen sie mit ihrem eigenen Leben und ihren Erfahrungen in Verbindung.

Kommentar: Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist auch so ein Begriff, der unsexy ist. Man muss sich von der Frage lösen, wie man die Begrifflichkeit unters Volk kriegt, und stattdessen überlegen, wie man die Inhalte transportieren kann. Sehr viele Kommunen sind aktiv in Sachen SDGs. In NRW gibt es die Weltbaustellen, in Hamburg ein Wandbild. Es existieren eine Reihe anderer Aktivitäten, allerdings muss man sie suchen. Es ist fraglich, ob die Leute noch Zeit haben, zu einem Festival zu gehen. Auch im Alltag werden eigene Begriffe und nicht die Fachbegriffe genutzt.

Frage: Wo geht das Thema Klimawandel hin? Haben die Leute aus dem Globalen Süden andere Schwerpunkte? Außer den kulturellen Ansätzen, welche gibt es noch?

Antwort: Die Schwerpunkte der Ziele differieren von Land zu Land. Wir unterstützen Netzwerke und bieten Hilfe für Akteur*innen, Kampagnen etc. an. Der Global Action Day am 25. September 2018 ist eine super spannende Sache.

Diese Präsentation kann unter marta.rojas@undp.org angefordert werden.



Dem Volk auf's Maul geschaut

Johannes Hillje | Das Progressive Zentrum, Berlin



Die hier vorgestellten Daten stammen aus der qualitativen, umfangreichen Studie „Die Rückkehr zu den politisch Verlassenen“. Im September 2017 wurden sowohl in Frankreich (nach den Präsidentschaftswahlen) als auch in Deutschland (vor der Bundestagswahl) insgesamt 500 Interviews mit einer Dauer zwischen 25 und 40 Minuten geführt. Die Tür-zu-Tür-Gespräche wurden in politisch rechten Regionen in Deutschland und Frankreich geführt. Die urbanen, ländlichen und mittleren Räume sind gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, geringen Bildungsgrad und überdurchschnittliche Wahlergebnisse des Front National (FN) und der AfD.

Dabei sollten mittels einer Diskursanalyse von Menschen angewandte Deutungsmuster identifiziert werden: Wie wird ein Thema strukturiert, wie spielen Ursache, Wirkungserfassung und eigene Positionierung zusammen? Es wurden insgesamt drei Deutungsmuster identifiziert (nicht repräsentativ für alle AfD- und FN-Wähler!):

*1. Vergleichende Abwertungslogik gegenüber Migrant*innen*

In Deutschland steht eher Migration an erster Stelle, in Frankreich sind es die Wirtschaftsprobleme. Deutsche fühlen sich benachteiligt gegenüber Migrant*innen. Die Wahrnehmung ist, Geld wird eher für Migrant*innen als für Deutsche ausgegeben. Problem der Migration wird in urbanen Strukturen anders perzipiert als auf dem flachen Land (mangelndes Zusammenleben durch Sprachprobleme – wenig Integration). Geld spielt eine größere Rolle als Integration. Wenn man sich selbst benachteiligt fühlt, wertet man eher diejenigen ab, die als nicht benachteiligt wahrgenommen werden, weil sich der Staat um sie kümmert.

2. Problemverweigerung der Politik

Der Staat setzt falsche Prioritäten – mehr Außen- statt Innenpolitik. Verschiedene Politikfelder stehen in der Wahrnehmung im Wettbewerb zueinander. Der Nährboden für einen nationalistisch geprägten „Deutschland-zuerst-Kurs“ ist nicht völkisch motiviert. Gleichzeitig hagelt es Kritik an der „politischen Praxis“, der Nähe zur Wirtschaft und gleichzeitigen Ferne zu den Bürger*innen. Es gibt Unterschiede in den Altersgruppen. Jüngere glauben eher an die eigenen Möglichkeiten, Ältere hoffen auf die Politik.

3. Rückgang/Verlust von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur

Die Postkästen sind abgeschraubt, es gibt keinen Winterdienst, die Transportinfrastruktur lässt sehr zu wünschen übrig, kleine Läden verschwinden auch in urbanen Regionen, nicht nur auf dem Land, ganz zu schweigen von medizinischer und Bildungsversorgung. Keine Deutungsmuster gibt es bei entwicklungspolitischen Themen wie z.B. globale Armut, Klimawandel, Welthandel, Migration. Zentrale Narrative der Populisten wie z.B. Islamisierung, Europaskepsis oder pauschale Medienkritik kamen nicht vor. Auch gab es *per se* keine Ablehnung des demokratischen oder Parteiensystems, die Akteur*innen wurden nicht infrage gestellt, nur ein Politikwechsel gewünscht. Verschwörungstheorien kamen auch nicht vor.

Die formulierten Handlungsfelder richten sich eher an die Parteien:

1. Innere Solidarität als Voraussetzung für äußere Solidarität.
2. Infrastruktur zur Förderung der Chancengleichheit.
3. Strukturstärkung durch lokale Parteipräsenz.
4. Strukturwandel gesellschaftsverträglich gestalten (Flüchtlingsinitiativen).
5. Selbstbewusstsein gegenüber populistischen Narrativen – nicht alles, was auf mediale Resonanz stößt, stößt auf Resonanz bei den Bürger*innen: Grundsätzlich gibt es keine Bereitschaft, den Populist*innen hinterherzulaufen.

Frage- und Antwortrunde

Frage: Wie hoch war die Quote von Leuten, die das Interview abgelehnt haben?

Antwort: Die Teilnahmequote beträgt zehn Prozent, insgesamt haben wir an über 5.000 Türen geklopft. Für diese soziale Zielgruppe ist das eine gute Quote für qualitative Umfragen. Gewisse Verzerrungen bei Sozialforschung können dabei nicht vermieden werden.

Frage: Glauben Sie, dass komplett anonym durchgeführte Online-Umfragen ein anderes Ergebnis ergeben würden? Es ist doch kein Wunder, dass für Deutsche das Thema „Flüchtlinge“ an erster Stelle steht, wenn in den Medien dieses Thema überdurchschnittlich behandelt wird. Fluchthema ist kein neues Thema. Das gab es schon vor 25 Jahren.

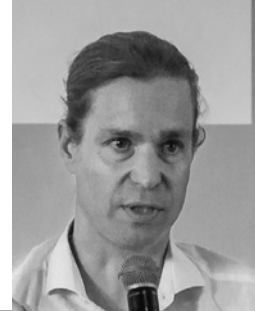
Antwort: Migration ist als wichtigstes Problem des Landes, nicht aber des persönlichen Alltags geschildert worden. Das Flüchtlingsthema ist Projektionsfläche vor allem solcher Einwanderer, die schon länger im Lande sind. Das direkte qualitative Gespräch ist nicht zu vergleichen mit anonym durchgeführten Online-Umfragen. Menschen haben in diesen 25 Minuten viel Privates preisgegeben. Die Analyse ist die Ergänzung dazu, was es an gängigen Deutungsmustern gibt.

Frage: Wie läuft die Diskussion bei den Forscher*innen über das wichtiger werdende Europa? Wieviel Einfluss auf die Politik haben diese Menschen? Gibt es vergleichende Erkenntnisse (z.B. in der Schweiz), was Menschen damit anfangen, wenn sie sich mit Entwicklungspolitik befassen?

Antwort: Entgegen unserer Vermutung wird nicht europakritisch gedacht. Die Menschen wünschen sich mehr sozialen Schutz und sehen Europa nicht so kritisch. Europa als Schutzraum dient als Frage für eine mögliche Anschlussstudie, etwa: Welche Form der europäischen Solidarität können sich die Menschen vorstellen? Auf die Frage nach Akteur*innen für Problemlösungen wird die Politik an erster Stelle und sie selbst erst an zweiter Stelle genannt.

Frage: Wer ist Auftraggeber dieser Studie? Gab es eine ähnliche Studie, als in den 1990er-Jahren zwei Millionen Russlanddeutsche kamen?

Antwort: Die Studie wurde vom Auswärtigen Amt beauftragt. Wir haben keine vergleichbaren Studien aus früheren Jahren gefunden.



Meinungen und Trends in der deutschen Gesellschaft

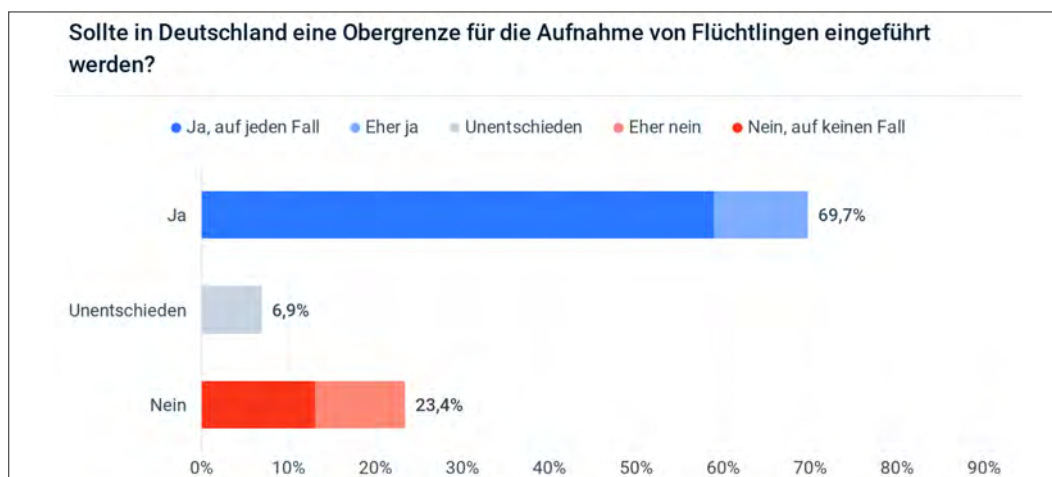
Steffen Braun | Civey GmbH, Berlin

Die Firma Civey ist ein Start-Up für Online-Meinungsumfragen. Sie ist seit eineinhalb Jahren auf dem Markt und hat ca. 1,5 Millionen Nutzer, die monatlich bei Civey abstimmen. Es ist ein großes Netzwerk – man könnte auch sagen: eine Demokratisierung der Meinungsforschung. Wer teilnimmt, bekommt auch eine Information über die Ergebnisse der Umfragen. Das ist neu und hat dazu geführt, dass wir sehr viele Nutzer*innen in sehr kurzer Zeit generieren konnten. Wir haben aus unserem großen Fragenpool die Meinungen und Trends zur Entwicklungshilfe in der deutschen Gesellschaft herausgefiltert.

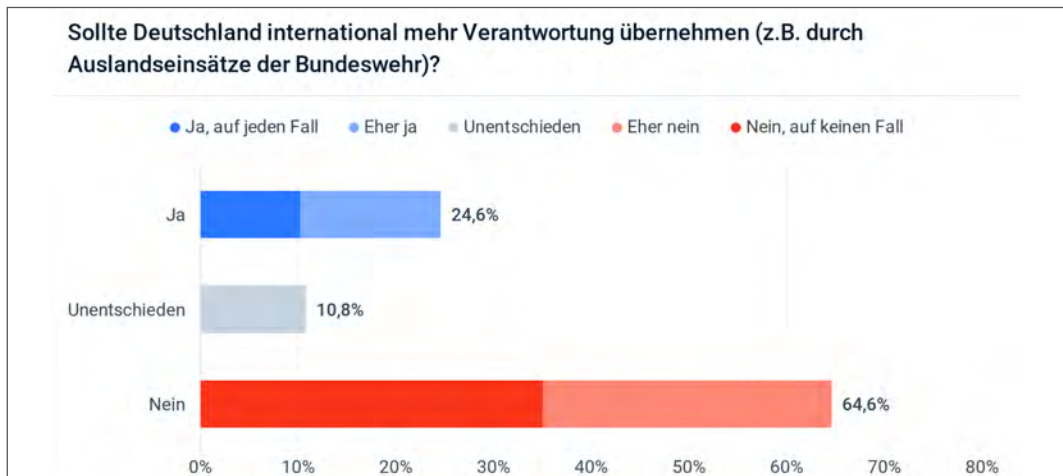
Die folgenden sechs Fragen belegen Kontext und Meinung der Deutschen und wie Entwicklungspolitik perzipiert wird.



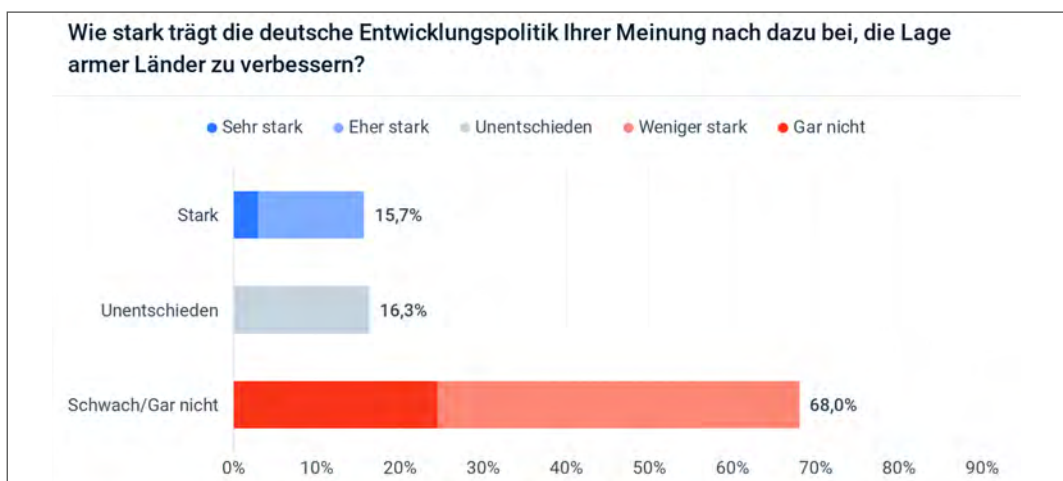
1. Flüchtlingspolitik ist derzeit das wichtigste politische Thema.



2. Es gibt eine klare Mehrheit dafür, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen.



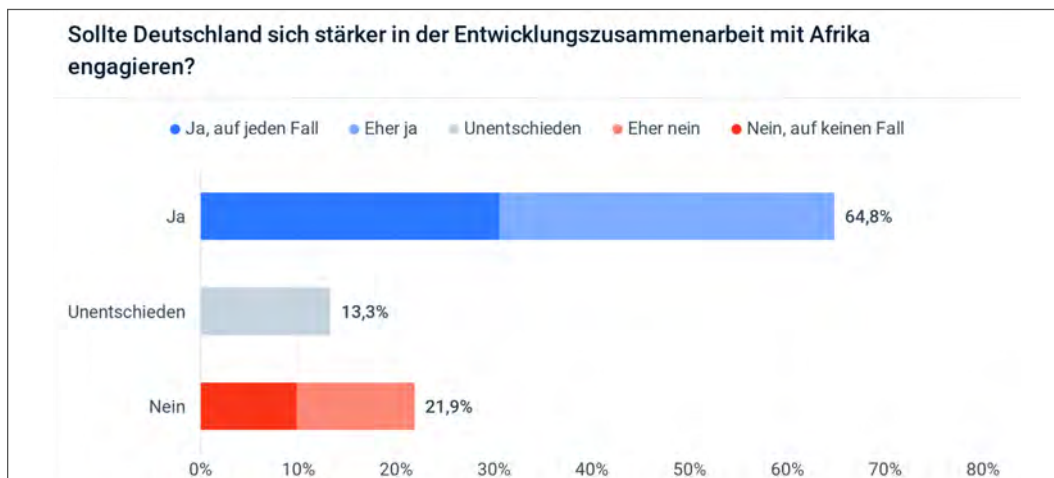
3. Die Deutschen lehnen militärische Einsätze der Bundeswehr mehrheitlich ab.



4. Die Relevanz von Entwicklungszusammenarbeit für diese zentralen Themen ist nur teilweise bei den Deutschen verankert.



5. Der Bedarf für bessere Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit wird sichtbar.



6. Zustimmung zum entwicklungspolitischen Engagement ist vorhanden.

Frage- und Antwortrunde

Frage: Wer sind die Befragten und aus welchen Milieus kommen sie?

Antwort: Die teilnehmenden Nutzer*innen loggen sich mit Alter, Postleitzahl, Familienstand und Bildungsstand ein. Danach erfolgt eine Plausibilitätsprüfung: Finanzstatus/Bildungsstatus, inhaltliche und technische Plausibilitätsprüfung – z. B. wie lange hält er/sie sich mit den Fragen auf? In der Auswahl der Medienpartner*innen wollen wir eine große Bandbreite, allerdings bei leichter Übergewichtung von Bildungsbürger*innen. Grund dafür ist der Konferenzgedanke. Allerdings gibt es bei allen Umfragen und Panels von Meinungsforschung Schwankungen in der Ansprache der Teilnehmer*innen. Die Teilnehmenden werden an die Hand genommen und mit Fragen aus völlig unterschiedlichen Bereichen geführt (von politischen Tagesthemen bis zu persönlichen Vorlieben). Wir bieten keine kohärenten Studien, sondern singuläre Blicke auf entwicklungspolitisch relevante Fragen, die wir aus einem ganzen Fragenkatalog herausgezogen haben. Die Tatsache, dass wir keine „saubere Fragestellung“ haben, führt dazu, dass es tendenziell unterschiedliche Beurteilungen gibt. Nur wenn der „richtige“ Fragenkatalog entwickelt wird, kommen Antworten heraus, mit denen man etwas anfangen kann. Bisher gibt es noch keine strukturierte Befassung mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit. Auch ist es keine bewusste Entscheidung, ob man Entwicklungspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit sagt, das ist der mangelnden Auseinandersetzung mit dem Thema geschuldet.

Frage: Kann man überhaupt noch konstruktiv über derartige Themen diskutieren oder gibt es ideologisch festgefügte Einstellungen?

Antwort: Bei jungen Leuten sind die Ansichten ideologisch noch nicht so festgefügt, man kann also noch etwas bewirken. Es gibt viele Punkte, bei denen die mediale Darstellung sich ganz anders darstellt, als die Meinung der Befragten vermuten lässt.

Kommentar: Zu Zeiten der Blockkonfrontation war die Brisanz des Themas Außenpolitik viel höher als heute. Seit langer Zeit gibt es das Mantra, es gebe kein Außen und kein Innen

mehr. Allerdings ist das bei den Menschen noch nicht angekommen. Deshalb muss genau das vermittelt werden, z. B. bei den Flüchtlingen und Fluchtursachen. Das ist eine kommunikative Aufgabe, diese Zusammenhänge verständlicher zu positionieren. Die Zielgruppe der politischen Kümmerer ist angesprochen, sie zu motivieren, unsere Thematiken zu übernehmen.

Antwort: Die Bürgerbüros der etablierten Parteien sind in der Fläche geschlossen worden. Das hat zu einer politischen Verlassenheit geführt, die die NPD bereits früher in den neuen Bundesländern nutzte. Sie hat diese Lücke geschlossen und so den Zugang zu den Menschen auf der alltäglichen Ebene bekommen.

Einen intrinsischen Rassismus haben wir nicht in den Antworten gefunden. Das bedeutet deshalb keine Entwarnung in Bezug auf Rassismus. Es war kein personenbezogener Rassismus zu bemerken. Die Verbindung von Außenpolitik zur Innenpolitik gibt es bei so vielen Themen, siehe Zollthema EU und USA, die EU will auf Kosten der ärmsten Länder separate Verhandlungen mit den USA führen. In der Analyse soll viel stärker die inhaltlichen Bezüge hergestellt werden.

Das Instrument der Meinungsforschung ist nur ein Mosaikstein von vielen, die politische Entscheidungsfindungen beeinflussen.



In der Zwickmühle: Widersprüchliche Positionen im Populismus in der Energie-, Klima- und Entwicklungspolitik

Fritz Reusswig | Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam



Als Soziologe, der sich mit Klimapolitik befasst, habe ich mich zusammen mit vielen Kolleg*innen aus anderen Unis und Einrichtungen in einem BMBF-finanzierten Forschungsprojekt mit dem Thema Energiekonflikte beschäftigt (www.energiekonflikte.de) und in diesem Zusammenhang noch vor der letzten Bundestagswahl nach Einstellungen zur Energiewende und auch nach Parteipräferenzen gefragt.

Rund 90 Prozent der Befragten unterstützen die Energiewende allgemein, 10 Prozent halten sie aus verschiedenen Gründen für falsch. 44 Prozent derjenigen, die *gegen* die Energiewende sind, würden die AfD wählen. Unter den Gegnern der Energiewende wäre die AfD damit die stärkste Partei. Aber immerhin noch 6 Prozent würden die Grünen wählen.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass die Energiewende hohe Zustimmungswerte bekommt. 10 Prozent Gegnerschaft scheint sehr wenig – wo im politischen Raum bekommt man heute noch 90-prozentige Zustimmung? Und dennoch sollten wir uns nicht zu früh beruhigen. Die Dinge können rasch kippen. Auch die hinterher von vielen – sogar in der Union – so gescholtene „Flüchtlingspolitik der Kanzlerin“ des Jahres 2015 fand anfangs relativ breite Zustimmung. Das könnte auch der Energiewende drohen, weshalb wir hier ein neues Forschungsprojekt über den Zusammenhang von Populismus und Energiewende beginnen möchten.

Die AfD ist die bislang einzige im deutschen Bundestag vertretene Partei, die den anthropogenen Klimawandel leugnet und die Energiewende rückgängig machen will. Sie stilisiert sich selbst als Partei der kleinen Leute, die vom politischen Establishment angeblich vergessen werden. Und sie tritt als Heimat-Partei auf. Heimat muss aus ihrer Sicht vor allem gegen die (drohende) „Flüchtlingsflut“ geschützt werden.

So oder ähnlich denken nicht Wenige in Deutschland. Aber tut man der Heimat einen Gefallen, wenn man den anthropogenen Klimawandel leugnet? Ich glaube: nein.

Erstens deshalb, weil man mit dem anthropogenen Klimawandel auch die Gefahren leugnet, die davon für unsere Regionen ausgehen – Hitzewellen, Überflutungen, Verlust heimischer Arten, Meeresspiegelanstieg und so weiter. Wenn es den Klimawandel nicht gibt, dann ist auch eine Anpassung daran nicht sinnvoll. Und das heißt: die Verwundbarkeit steigt. Ignoranz steigert die Risiken für Deutschland – Heimatschutz sieht anders aus.

Wer zweitens die Energiewende zurückdrehen will – frei nach dem Motto: „Wir wollen das fossil-atomare Energiesystem der guten alten Bundesrepublik wieder haben!“ –, der plädiert mehr oder weniger offen für einen Rollback, der die großen Konzerne privilegiert, die vielen kleinen Player aber, vor allem die Energiegenossenschaften, zurückdrängt. Damit verschärft sich nicht nur die wirtschaftliche Konzentration in diesem Land, damit werden

auch die Chancen einer regionalen Wertschöpfung durch Erneuerbare verspielt. Und das angesichts der sinkenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vieler ländlicher Regionen in Deutschland! Heimatschutz sieht anders aus. Das kann man übrigens an der österreichischen FPÖ studieren, die sich – als rechtspopulistische Partei wohlgermerkt – für den Ausbau der Erneuerbaren einsetzt.

Drittens schließlich verschärft, wer den Klimawandel leugnet, die Flüchtlingsproblematik. Denn der Klimawandel wird besonders in ärmeren Regionen „zuschlagen“ und dort die Fluchtursachen anheizen. Schon heute fliehen Menschen auch wegen der Folgen des Klimawandels (z.B. mehr Extremwetter) aus den besonders betroffenen Ländern des politischen Südens. Auch wenn Prognosen hier angesichts der Multikausalität des Fluchtgeschehens schwierig sind: Alle Studien, die sich mit dem Zusammenhang von Klimawandel und Flüchtlingsproblematik befassen, kommen zu einem teilweise dramatischen Anstieg des Fluchtgeschehens in der Zukunft. Wer den anthropogenen Klimawandel leugnet, leugnet auch die zukünftige Existenz dieser Fluchtursachen und kann sie infolgedessen auch gar nicht bekämpfen. Heimatschutz sieht anders aus.

Man kann jetzt die Frage stellen, ob man sich auf den Heimat-Begriff so affirmativ beziehen sollte – ich habe das ja bisher getan, um in einer Art immanenter Kritik die Zwickmühlen der Populisten im Bereich Klimapolitik aufzuzeigen. Ein Blick auf den Diskurs der politischen Parteien (z.B. in Grundsatz- und Wahlprogrammen) zeigt: SPD, Linke, Grüne und FDP tun sich mit diesem Begriff sehr schwer. Er scheint strukturell konservativ, wenn nicht gar nationalistisch „verseucht“. Ich verstehe diese Vorbehalte, aber ich halte sie für strategisch immer weniger zielführend. Heimat kann, ja muss meines Erachtens, politisch neu aufgeladen werden, auch und gerade von den eben genannten Parteien. Heimat hat auch ein utopisches Potenzial, Heimat ist demokratisch gestaltbare Zugehörigkeit – und ohne die kommt der Mensch schlecht aus. Heimat ist in dieser Funktion geradezu eine anthropologische Konstante, mindestens aber eine universal häufig anzutreffende Verankerung der Menschen mit vielen Gesichtern. Auch die Energie- und Klimapolitik kann und soll der Entwicklung unserer Heimat dienen – und stellt doch gleichzeitig einen Akt globaler Verantwortungsübernahme dar. Genau diesen – wenn man so will: dialektischen – Zusammenhang negieren die Populisten. Und genau hier sollte man sie auch politisch stellen: als heimatlose Gesellen des deutschen Parteiensystems. Das mag eine ungewöhnliche Perspektive sein. Aber wo bitteschön soll in Zeiten wie diesen der Vorzug des Gewöhnlichen liegen?

Kommentar-, Frage- und Antwortrunde

Frage: Wie können wir diesen Widerspruch in der AfD-Polemik nutzbar machen? Wir diskutieren vor allem über Wirtschaftsflüchtlinge etc., aber nicht über Klimafolgen als Fluchtursache.

Kommentar: Die Bürger wollen ernst genommen werden. Studien haben ergeben, dass die AfD sich aus allen Parteien rekrutiert. Es muss also vorher schon Potenzial gegeben haben, dem nun ein Rahmen gegeben worden ist.

Kommentar: Parteien werden nicht gewählt, weil ihr Programm widerspruchsfrei ist, sondern weil manche Punkte besonders herausgehoben werden. Würde es in Bezug auf die AfD

etwas nutzen, die Programmwidersprüche aufzudecken? Das Problem liegt doch eher darin, dass die vorangegangenen Regierungen keine klare Meinung kommuniziert und unklare Entscheidungen getroffen haben. Wir müssen erst die eigenen Widersprüche klären (siehe Ausstieg aus der Kohle) und Entscheidungen nicht immer weiter nach hinten verschieben, weil die Botschaft zu schlecht sein könnte.

Antwort: Beim Aufzeigen von Widersprüchen und Zwickmühlen geht es nicht primär um logische Konsistenz. Es geht darüber hinaus vor allem um soziale und politische Glaubwürdigkeit. Und die würde ich der AfD an dieser Stelle absprechen. Das heißt natürlich im Umkehrschluss überhaupt nicht, dass die Regierung irgendwie konsistent ist. Im Gegenteil: Die gleiche Merkel-Regierung, die 2011 unter dem Eindruck von Fukushima die Energiewende beschlossen hat, wollte kurz vorher die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern. Und die aktuelle Merkel-Regierung bekennt sich einerseits zum Klimaschutz, legt ihm aber in vielen ihrer Beschlüsse in den anderen Ressorts massiv Steine in den Weg – ich sage nur Dieselskandal oder Kohlekraft.

Wir müssen die Verknüpfung der Klimaziele mit energiepolitischen und regionalwirtschaftlichen Vorteilen deutlich machen und politisch ermöglichen. Das kann mit oder auch ohne das Label Heimat geschehen, aber es muss umfassend geplant und kommuniziert werden. Wirtschaftliche und politische Bürgerbeteiligung muss dabei weiter ausgebaut werden. Nur damit wird es gelingen, den potenziellen Widerstand der sogenannten „schweigenden Mehrheit“ in lokalen Konflikten abzumildern. Der macht mir nämlich am meisten Sorgen, gar nicht einmal so sehr die Haltung der aktiven Gegner*innen, die man oft kaum noch verändern kann.

Kommentar: In der Energiewende sollte mehr mit lokalen Lösungen, vernetzten Systemen und Speicherung in überschaubaren Räumen gearbeitet werden. Themen wie Klimaflüchtlinge oder Reduktion von Singvögeln sind einige von vielen sinnfälligen Beispielen, wie wir Verflechtungen mit Entwicklungsländern kommunizieren können, um eine engere Verbindung herzustellen.

Die AfD treibt alle anderen in der Frage der Flüchtlingspolitik vor sich her. In der Bevölkerung gibt es dazu eine Fifty-Fifty-Position. Im politischen Raum sehe ich wenig Widerstände. Bei der Frage nach dem Pro und Kontra der Windkraft ist die Diskussion ganz abgegangen. Wir müssen versuchen, Einfluss auf die Argumentation der anderen zu nehmen.

Frage: Das Kennzeichen unserer regierenden Parteien ist der Kompromiss. Sehen Sie bei der AfD die Chance zum Kompromiss?

Antwort: Zum Kompromiss: Wir hatten Rollenspiele in Workshops geplant, die aber völlig gescheitert sind. Leute, die sich in einem Konflikt befinden, können nicht aus ihrer Haut heraus. Das Format Konfrontation und öffentliche Debatte hat überhaupt nicht funktioniert, weil sie emotional zu aufgeladen war und kaum noch Fakten lieferte. Stattdessen probierten wir „Runde Tische“ aus, die ausschließlich aus Gegnern bestanden. Nun gab es keine Solidaritäten mehr, alle sollten jetzt plötzlich sagen, wofür sie sind und nicht wogegen. Dabei gerieten sie untereinander in Konflikte und mussten lernen, diese miteinander zu lösen. Das ist ein guter Ansatzpunkt zur Lösung lokaler Konflikte. Was die Kompromissfähigkeit der AfD anlangt zwei Bemerkungen: Erstens ist die energie- und klimapolitische Blockade-Haltung des AfD-Establishments keineswegs durchgängige Meinung der Mitgliedschaft – das zeigen die

von der Partei selbst veröffentlichten Zahlen. Einen Merkel-Untersuchungsausschuss unterstützen fast 100 Prozent der Delegierten, den Ausstieg aus der Energiewende „nur“ 75 Prozent. Das ist doch ein Ansatzpunkt. Und vergessen Sie nicht die völlig andere Haltung der FPÖ. Aber ich würde ganz generell die Kompromissfähigkeit (und den Kompromisswillen) der Funktionärinnen und Funktionäre für eher gering halten, den der Wählerinnen und Wähler der AfD aber für durchaus gegeben. Auch das bietet Potenzial – schließlich wollen und müssen ja auch die Funktionärinnen und Funktionäre gewählt werden.

Was mich an der AfD besonders aufregt: Sie mobilisiert massiv gegen die „politische Klasse“ – lesen sie mal die Präambel des Parteiprogramms dazu –, aber sie schweigt sich über die wirtschaftliche Elite dieses Landes und gegen die immer schiefer werdende Vermögens- und Machtverteilung weitgehend aus. Dabei gehen davon erhebliche Gefahren für den sozialen Frieden und die Demokratie aus. Ist das Politik für die „kleinen Leute“?

Frage: Die AfD ist sicherlich ein Problem, ein anderes Problem ist, dass Politiker*innen nicht in der Lage sind, Zusammenhänge klar zu kommunizieren – z. B. Flüchtlingspolitik und Klimawandel. Wie kann man die AfD diskreditieren und gleichzeitig die restlichen 85 Prozent befähigen, für die demokratischen Werte einzustehen? Müssen wir mehr auf Fakten setzen? Die AfD setzt ja auf Emotionalisierung.

Antwort: Fakten helfen, aber nicht immer. Wenn es um Klimawandel geht, helfen sie natürlich. Alexander Gaulands hanebüchene Hobby-Klimatologie ist unerträglich und schlicht falsch, das muss man deutlich sagen. Die Haltung der AfD zur Flüchtlingsfrage – „wir wollen keine“ – ist aber eher wert- als faktengetrieben. Da kann man nur mit einem Wertediskurs antworten, Fakten spielen eine untergeordnete Rolle. Man kann also hier auch nicht einfach nachrechnen oder nachsehen und damit schnell entscheiden, wer „Recht hat“. Ob Sie viele, wenige oder gar keine Nicht-Deutsche in Ihrer Gemeinde haben möchten – kein Messprogramm dieser Welt wird Ihnen zustimmen oder widersprechen. Und die ethischen Maximen, die Sie heranziehen, um Ihre Haltung in dieser Frage zu begründen, sind diskussionsfähig und -würdig, aber sie stehen nicht *a priori* (oder meinetwegen auch *a posteriori*) fest. Es gehört zu einer demokratischen Streitkultur, dass wir uns auch über die zugrundeliegenden Werte und Ethiken unterhalten – und eben unterhalten müssen, weil es jenseits dieser dann auch politischen Debatte keinen Werte- oder Gesetzeskatalog gibt, in dem man einfach nachschauen kann, um dann zu sagen: „Die nehmen wir jetzt mal alle, wir schaffen das schon“ oder „Jetzt lassen wir keinen mehr rein, sonst überfordert es uns“. Also Wertediskurs, eine andere Alternative sehe ich nicht!

Emotionen, ein interessantes Thema! Ich halte nichts davon, Emotionen generell aus dem Raum des Politischen zu verbannen, weil sie „irrational“ seien. Ich glaube, dass der Begriff der Rationalität, der einer solchen Aussage zugrunde liegt, verengt ist. Es handelt sich dabei wohl um eine wissenschaftliche, nicht um eine politische Vernunft. Die wissenschaftliche Vernunft wird durch Emotionen getrübt und gefährdet, die politische *kann* durch Emotionen auch beflügelt werden. Natürlich gibt es auch destruktive Gefühle. Sie töten oder vergiften den Diskurs. Aber ich sehe umgekehrt nicht, dass blut- und gefühllose Politiker*innen die Lösung der Zukunft sein sollen. Im Gegenteil: Von denen gibt es zu viele, sie sind Teil des Problems. Wir sollten uns also nicht die Frage stellen: „Wie kriegen wir die Gefühle aus der Politik raus?“, sondern eher: „Wie sehen gute, konstruktive politische Gefühle aus?“

Kamingespräch

mit **Astrit Zmaj** | Geschäftsträger a. i. Botschaft der Republik Kosovo (Berlin),
Axel von Hoerschelmann | Verein zur Förderung von Wissenschaft und Praxis der
Mediation (Berlin), **Clemens Potocki** | ehemals Head of Section Finance, Contracts & Audit
at European External Action Service und **Detlev Groß** (Landesregierung Brandenburg)

Den Abschluss des informativen und kompakten Konferenztages machte das Kamingespräch. Mit dem Thema „Raus aus der Nische“ haben die Teilnehmenden der Runde sich intensiv über die künftige Rolle und Zielsetzung der zivilen Entwicklungszusammenarbeit und einige militärischer Aspekte in diesem Bereich ausgetauscht. Ein besonderer Schwerpunkt des Gespräches lag auf der Entwicklung der Republik Kosovo seit dem Ende des Balkankrieges sowie auf den positiven Auswirkungen des deutschen entwicklungspolitischen Engagements in diesem Land und der Region insgesamt.



Astrit Zmaj begann die Gesprächsrunde mit einem Überblick zur eigenen Biografie und einer Beschreibung der allgemeinen Lage für die Republik Kosovo. In der überaus schwierigen Situation im Kosovo des Jahres 1999, als das Land kurz vor einem Genozid stand, war die deutsche Entscheidung, der neuen Republik Kosovo auch militärisch den Rücken zu stärken von größter Bedeutung. Dieser Intervention ist unter anderem die Rückkehr von über 100.000 vor dem Krieg geflüchteten Menschen in ihre Heimat zu verdanken. Bis heute kann der Kosovo auf eine starke Präsenz der deutschen Bundeswehr und Polizei zählen. Der Euro ist die Landeswährung. Wäre ich nicht als Diplomat hier, würde ich sagen, dass der Kosovo quasi das 17. Bundesland ist. Im Kosovo selbst spricht etwa jeder Dritte Einwohner deutsch, rund 12.000 Studierende besuchen die lokalen Hochschulen.

Deutschland ist heute einer der stärksten und wichtigsten Partner der Republik Kosovo. Gleichzeitig lebt die größte Diaspora mit rund 308.000 (80.000 eingebürgert) in Deutschland. Auch in der Schweiz leben 210.000 und in Österreich 60.000 Menschen aus dem Kosovo. Nicht nur angesichts dieser Zahlen ist Integration für die Einwanderer aus dem Kosovo die erste Voraussetzung, denn ohne Integration kommt niemand auf Dauer weiter. Gleichzeitig ist dies auch nicht im Interesse des Kosovo. Niemand möchte eine Diaspora, die nur von ihrem Land träumt. Wer einen deutschen Pass hat, der sollte sich auch als Bürger seiner neuen Heimat zugehörig fühlen. Nach einigen Jahren in Montenegro (2011–15) kenne ich auch das Nachbarland sehr gut. Zwar ist dort die deutsche und österreichische Präsenz ebenso positiv spürbar, jedoch in der Bevölkerung wenig oder gar nicht bekannt oder bewusst. Die Geschwindigkeit des Aufbaus der Sozial- und Infrastruktur hin zu einer Mitgliedschaft in der EU ist elementar und mit den Aufbauleistungen in den neuen Bundesländern nach 1989 vergleichbar.



Axel von Hoerschelmann: Wenn man die aktuelle Lage im Kosovo ein wenig kennt, passt das Thema unserer Tagung zwar einerseits sehr gut, aber andererseits auch wieder nicht. Die Jahre bis und speziell 1999 sind zwar Vergangenheit, aber sie wirken nachhaltig fort, denn:

- Vor zwei Jahren hat die Regierung des Kosovo ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen.

- Kosovo und Serbien führen Gespräche und haben erste Vereinbarungen erzielt, die künftig ein nachbarschaftliches Zusammenleben ermöglichen sollen.

Astrit Zmaj: Das sind beachtliche Kommunikationsleistungen. Heute hat das Land eine moderne und demokratische Verfassung. Von den 120 Sitzen im Parlament sind 20 Sitze für nationale Minderheiten reserviert, davon 10 für Serb*innen und 10 für andere Minderheiten im Kosovo. 85 Prozent der Bevölkerung gehören einem laizistisch geprägten Islam an. Die Bevölkerung bekennt sich zu ihren europäischen Wurzeln. Auch in Deutschland wünscht man sich diese europäische Perspektive, die dabei hilft, Konfliktpotenziale zu verringern.

Die Türkei sieht den Kosovo als osmanische Speerspitze, die Russen sehen das Land als orthodox, die Chinesen sehen es als Schläfer und Gehilfen auf ihrem Weg nach Europa. Die Republik Kosovo wird mit Ausnahme Serbiens von allen Nachbarstaaten anerkannt. Die für alle Beteiligten beste Lösung wäre die gegenseitige Anerkennung beider Staaten. Um den Friedens- und Aussöhnungsprozess weiter zu entwickeln, führen wir Gespräche und vermitteln kontinuierlich zwischen den Balkanstaaten. Wir sind dabei nicht sehr glücklich über den Umstand, dass es bis heute keine Visa-Freiheit für den Kosovo mit Europa gibt, obwohl die NATO und viele andere Institutionen vor Ort sind. Unterm Strich sehen wir in der Bundesrepublik Probleme von außen auf uns zukommen, die nicht nachvollziehbar sind.



Detlev Groß: Bemerkenswerterweise haben wir in der Runde eben auch sogenannte Tabuthemen der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik angesprochen. Hinzu kommt, dass es seit wenigen Jahren die Frage gibt, welche Rolle die EU spielen soll und muss, wenn die US-Amerikaner eines Tages nicht mehr bereit sind, die sprichwörtlichen Kartoffeln aus dem Feuer zu holen? Gibt es eine Erwartungshaltung an eine künftig stärkere Beteiligung Deutschlands an den internationalen sicherheitspolitischen Themen und wie könnte diese aussehen? Wie sieht das die deutsche Gesellschaft und in welcher Form ist sie darauf vorbereitet?



Die deutsche Zivilgesellschaft hat konkret und allgemein von der Globalisierung profitiert. Wie gehen wir mit diesem wichtigen Thema proaktiv um? Die Diskussion ist es wert, mit Menschen aus den unterschiedlichsten Erfahrungsbereichen geführt zu werden.

Clemens Potocki: Die militärische Präsenz sowie die daraus entstehenden Sicherheiten sind eher ein Tabuthema. Die zentrale Frage ist doch, was ist Sicherheit eigentlich? Der sicherste Ort in den letzten 18 Jahren ist für mich Montenegro gewesen. Dort wusste jeder, auf den Erfahrungen basierend, dass Sicherheit die Grundlage für Entwicklung ist. Daraus folgt die Gleichung, wenn wir in Deutschland eine stabile Demokratie haben wollen, müssen wir Sicherheit garantieren, und das können wir, indem wir militärisch entsprechenden Schutz gewährleisten. Diesen Schutz des Rechtes empfinde ich als eine zivile Grundpflicht, für die ich auch mein Leben einsetze.

Axel von Hoerschelmann: Wenn man sieht, in welcher Weise das Thema Sicherheit und gemeinsame Verteidigung diskutiert wird, bekommt es in diesem Zusammenhang neue Dimensionen. Der Kosovo ist mit nur zwei Flugstunden Distanz quasi vor der Haustür. Der Krieg ist inzwischen 18 Jahre her und hat auf kosovarischer Seite Tausende Opfer gefordert. Angesichts einer Einwohnerzahl von etwa 1,9 Millionen ist dies eine ganz erhebliche Anzahl.

Zur Zukunftsgestaltung des Landes: Welche Kompetenzen kann Deutschland einbringen, um positive Entwicklungen zu (unter-)stützen? In seiner jüngeren Geschichte hat Deutschland über lange Zeitstrecken Konflikte mit Frankreich und Polen gehabt, die heute keinerlei Problem mehr sind. Die Erfahrungen des Jahres 2015 sind ein nicht zu überhörender Weckruf. Spätestens in dem Jahr ist klar geworden, dass wir vor Ort, d.h. in den betroffenen Ländern selbst, arbeiten müssen, um Migrationsgründe zu bearbeiten bzw. zu beseitigen.



Heinz-Joachim Lohmann: Wäre es in diesem Sinne nicht klüger, statt die Bundeswehr zu bewegen und damit die Militarisierung weiter zu betreiben, sich darauf zu besinnen, die Ressourcen so einzusetzen, dass Friede und Völkerrecht zur Geltung kommen? Deutschland sollte sich nur dann militärisch beteiligen, wenn diese Einsätze konkret durch ein völkerrechtliches Mandat abgesichert sind. In Vorbereitung auf eine künftig wohlmöglich geänderte Rolle und Position in der Welt ist es deshalb wichtig, über die Vernetzung von Verteidigungsetat und Entwicklungspolitik nachzudenken. In diesem Sinne wäre es besser, eine Abrüstungsdebatte zu führen, statt auch in Deutschland die Zwei-Prozent-BIP-Hürde zu erreichen. Das sollte die Kernbotschaft unserer Politik sein. Deutschland sollte sich mehr an *Peace-Keeping*-Einsätzen beteiligen, anstatt sich damit zu befassen, wie es das Zwei-Prozent-Ziel erreichen kann.

Die Erfahrungen des Jahres 2015 sind ein nicht zu überhörender Weckruf. Spätestens dort ist klar geworden, dass wir vor Ort, d.h. in den betroffenen Ländern selbst, arbeiten müssen, um der Fluchtbewegung entgegenzugehen.

Astrit Zmaj: Die Abstimmung und Durchführung von Kriegseinsätzen im Kosovo kann nicht mit der bipolaren Weltordnung verglichen werden. Stattdessen sollte man lieber darüber sprechen, dass dank eines Kredites von 500 Millionen Euro sehr viele Investitionen bereits umgesetzt werden konnten. Fast eine halbe Milliarde direkter deutscher Steuergelder und es gibt keine Berichterstattung darüber! Fährt man von Priština aus 50 Kilometer weiter in Richtung Serbien, kommt man an einem Schulneubau vorbei. Fragt man in der Bevölkerung, wer die Schule gebaut hat, werden sie sagen: Das war „Onkel“ Putin. Aber es waren deutsche Gelder, nur wird das nicht kommuniziert!



Kambiz Ghawami: Wir reden hier über existenzielle Fragen, die einen öffentlichen Diskurs erfordern. Vielleicht muss man sich auch einmal damit zufriedengeben, dass der Fortschritt auf unserem Planeten nicht überall gleich schnell voranschreitet. Ich war sehr beeindruckt von der Kooperation mit der Bundeswehr. Wir brauchen in Deutschland eine „Friedens-erziehung“. Viel zu viele Leute sprechen über militärische Einsätze und haben keinerlei Ahnung davon, was z.B. eine Landmine anrichten kann. Solange es Länder gibt, die ohne eine Bedrohung für Leib und Leben nicht modernisierbar sind, müssen wir dort auch nicht hingehen. Dafür müssen wir die moralische Komponente aus der Politik entfernen. Ich meine: Sie können nicht Russland anprangern, aber bei den Chinesen wegsehen. Die Karte Krieg als Lösung ist längst ausgereizt. Alle Kriegseinsätze mit deutscher Beteiligung der letzten Zeit haben insgesamt viel mehr Probleme als Erfolge gebracht.

In allen Konfliktregionen der Erde gibt es genügend Menschen, die in ihrem jeweiligen Land selbst den Aufbau ihrer Heimat organisieren können. Es gibt im Grunde auch ausreichend Fachkräfte, die in der Lage sind, ihr Land aufzubauen. In früheren Jahren lautete die Präam-

bel für Entwicklung und Sicherheit: Wir sind auf Zeit vor Ort und machen uns überflüssig. Mittlerweile haben wir das Entwicklungsprinzip in ein Geschäftsmodell gewandelt. Altkanzler Helmut Schmidt hat 1975 das schöne Wort geprägt, dass jede Mark Entwicklungshilfe 2,70 DM zurückbringt. Wir sollten allerdings über andere Herangehensweisen nachdenken, die entwicklungspolitische Maßnahmen und nichtmilitärische Unterstützung stärken.

Detlev Groß: Ich erinnere mich gut an eine Fortbildung vor einigen Jahren, bei der ich von den 15 Teilnehmenden der einzige Nicht-Offizier bei der Bundeswehr war. Wir haben viele gute Gespräche miteinander geführt. Dabei habe ich eindrücklich gelernt, dass auch unsere Soldat*innen mit sehr viel Lebenserfahrung und Überzeugung in ihre Auslandseinsätze gehen und keineswegs wie Maschinen in einem Heer von Söldnern.

Unser heutiges Kaminesgespräch hat im Rahmen unserer zeitlich begrenzten Möglichkeiten eine Vielzahl von relevanten Erfahrungen und Sichtweisen hervorgebracht. Zu den wichtigsten Erkenntnissen zählt dabei sicher die Notwendigkeit, vorhandene entwicklungs- und sicherheitspolitische Mechanismen und Maßnahmen zu den gegebenen Umständen und veränderten Ausgangslagen zu adaptieren. Alle Teilnehmenden der Runde haben durch ihre Berichte, basierend auf relevanter persönlicher Erfahrung, in engagierter Weise zu einem gelungenen Abschluss des Konferenztages beigetragen. Als Fazit bleibt, dass wir derartige Gespräche viel häufiger führen müssen. Nur so können wir unseren Blick für die existierenden Defizite in der kommunikativen Wahrnehmung schärfen und gleichzeitig die hohe Bedeutung von entwicklungs- und sicherheitspolitischen Leistungen und Programmen im Sinne einer demokratischen und modernen Positionierung unseres Landes in den genannten internationalen Politikfeldern besser in der deutschen Öffentlichkeit kommunizieren.



Global denken, global reden, global handeln

Clemens Potocki | ehemaliger Head of Section Finance, Contracts & Audit at European External Action Service



Thema meines Vortrags im Rahmen der entwicklungspolitischen Kommunikation ist: Die Welt zusammendenken mit den SDGs – global denken, reden, handeln. Stellen Sie sich vor, die Entwicklungszusammenarbeit würde als Aktie gehandelt. Angenommen Sie hätten diese Aktie, würden Sie sie kaufen, halten oder verkaufen? Für meine Begriffe ist die Aktie im freien Fall, ich würde sie verkaufen. Schlimm ist, wir sitzen vor den Kursdaten auf dem Bildschirm und sehen die Zeichen nicht. Ein Crash steht eigentlich bevor. Wie ist es dazu gekommen?

I. Denken

Die augenblicklich praktizierte Entwicklungszusammenarbeit scheint ein Auslaufmodell zu sein, denn:

- Sie fördert nicht die Nachhaltigkeit in den Empfängerländern.
- Das Bevölkerungswachstum nimmt zu und zwar überall dort, wo diese praktizierte Form von sogenannter Entwicklungshilfe/-zusammenarbeit weiterläuft. Der Hunger wird nicht beseitigt, die Armut wächst.
- Wir schaffen in beängstigender Weise Wanderungsbewegungen.
- Daraus folgt für uns, dass wir unsere eigenen Demokratien gefährden, denn Humanität, Menschenrechte und christliche Nächstenliebe sind Ideen, die sich gegen uns wenden. Ich zitiere einen arabischen Diplomaten, der mir vor einigen Monaten in Juba sagte, dass „ihr Europäer scheitern werdet und eure Welt untergehen wird, weil ihr eure Interessen nicht vehement genug vertretet. Wir sind bereit, für unsere Interessen zu sterben. Ihr seid einfach zu satt und denkt nur an euren möglichen Verlust.“
- Die Entwicklungshilfeindustrie ist dabei, sich selbst zu gefährden und unglaublich zu machen. Es gibt keine realen nachhaltigen Ergebnisse vorzuweisen und das, was verkauft wird, sind Attrappen.
- Die Projektziele sind unpräzise, d.h. wir denken nicht über die größeren Zusammenhänge unserer Projekte nach, auch nicht über deren Auswirkungen und Folgen.

Es gibt Überlegungen in der EU, zunehmend auf die Privatwirtschaft auszuweichen. Warum?

1. Die Ergebniskontrolle ist besser, Nachhaltigkeit kann als Ziel vereinbart werden. Ist das Ziel nicht erreicht, wird nicht bezahlt. Der Druck innerhalb der EU-Förderung steigt. Es reicht nicht, positive Ergebnisse nur zu deklarieren. Man muss sie spüren und greifen können.

2. Die Zivilgesellschaft scheint nicht mehr zu funktionieren. Das eigentliche Ziel ist die Eigenförderung von NGOs und INGOs/IOs und zwangsläufige Investitionen in Nachfolgeprojekte. Das soll es künftig nicht mehr geben. Das Ziel ist *Return on investment*. Klare messbare Ziele und *Exit strategies* werden nicht richtig vereinbart. Keiner will das wirklich, denn damit würde die Leistung messbar. Keiner will das, weil man voneinander abhängig ist. Das Subventionsgeschäft ist zum Selbstzweck geworden: die Erhaltung von NGO-Strukturen, Arbeitsplätzen in der Verwaltung und Zivilgesellschaft, Karrierechancen mit Garantie etc. Ziel ist es, den Status Quo zu erhalten. Das ist das Ergebnis von 60 Jahren Entwicklungshilfe in Afrika mit der Konsequenz: Armut und Hunger in der Welt bestehen weiter.
3. Es wird künstlich Wettbewerb betrieben bei der Vergabe von Subventionen, damit die NGOs nicht aneinandergeraten. Größere Projekte werden aber häufig direkt vergeben oder von nationaler Seite bis hin ins Vergabeverfahren beeinflusst. Es erfolgt eine Verteilung zwischen den Großen. Der Geldfluss muss anders organisiert werden, möglichst ohne Verluste. Und die politischen Zielvorgaben sind getrieben von der Wiederwahl.
4. Das gilt auch in den Empfängerländern. Die Einflussnahme dort ist so massiv – es geht bis auf die Ministerebene –, dass man gar nicht mehr von Korruption sprechen kann. Es ist kein Geld für Grundschulen da, die Lehrer*innen laufen weg, weil sie ohne Gehalt nicht überleben können. Das Geld, das eigentlich für Schulen gedacht ist, wird für Waffenkäufe aufgewendet. Kinder brauchen eine Ausbildung, sonst wird das nächste Drama geschaffen. Da gilt es abzuwägen: Ist die Ausbildung der nächsten Generation wichtiger als die Gefahr neuer Auseinandersetzungen mit Waffengewalt? Es geht um Macht – dabei wird die Bevölkerung zum Spielball.
5. Nahrungsmittelhilfe wegen drohender Hungersnot reduziert den Druck auf die kriegsführenden Parteien, sich an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln. Nahrungsmittelhilfe vergammelt in Warehouses oder wird ins Nachbarland mit Profit verkauft. Der Ertrag fließt in die Taschen von irgendwelchen Leuten. Der importierte Reis verdirbt den Preis für die einheimische Bevölkerung.

UN-Definition einer Hungersnot

Die UN definiert eine Hungersnot anhand der Integrated Food Security Phase Classification wie folgt:

1. Mindestens 20 % der Bevölkerung hat Zugang zu weniger als 2.100 Kilokalorien pro Tag.
2. Mindestens 30 % der Kinder sind akut unterernährt (Wasting).
3. Mindestens zwei von 10.000 Menschen (oder vier von 10.000 Kindern) sterben täglich an Nahrungsmangel.

Mangelernährung schädigt die Gesellschaft nachhaltig. 1995 sprach man von 195 Millionen Hungernden weltweit im Alter unter fünf Jahren; heute spricht man vom GHI (Global Hunger Index) und arbeitet in Prozenten. Er verdeckt die Zahl der Hungernden, die so groß ist, dass man sie nicht ertragen kann. 2050 wird sich allein in Afrika die Bevölkerung verdoppelt haben. Wir tun nichts in der Ausbildung, auch nicht privatwirtschaftlich. Es ist unmöglich für Kleinbetriebe, eine funktionierende Basis für Arbeit zu haben. Mangelndes Engagement und mangelnde Möglichkeiten fördern diese Entwicklung. Was machen die Leute? Sie ziehen weiter. Wenn die Bevölkerung das Ziel hat, versorgt zu werden, dann kommen sie an und zwar hier bei uns.

II. Reden

Wir müssen zuhören, aufnehmen und verarbeiten und bereit sein, Tabus zu brechen. Wenn das nicht passiert, können wir keine sinnvolle Entscheidung treffen. Wir müssen aufhören, ideologisch zu argumentieren, um sinnvolle und lebenswichtige Entscheidungen zu treffen. Wir müssen Dinge offen diskutieren, Einschnitte hinnehmen, umstrukturieren, ganz so wie in einem Unternehmen, das wirtschaftlich überleben will. Im Kriseneinsatz steht ein Arzt häufig vor dem Problem der Triage (graduelle Einteilung und Auswahl in Schwere der Betroffenheit). Wir müssen mehr in Zusammenhängen und Folgewirkungen denken. Wo bleiben die wirklichen Qualitätskriterien, der Nachweis der Wirksamkeit, der Nachhaltigkeit, der Wirtschaftlichkeit, die *Exit strategies*? Welche Folgen generieren wir? Mehr Bevölkerung? Weniger Berufschancen? Weniger Gesundheitsversorgung? Weniger ausreichende Erziehung? Weniger Berufschancen? Mehr Wanderung? Mehr Kriminalität und Gewalt? Die Liste ließe sich beliebig verlängern ...

Wir müssen den Mut haben, die Dinge offen und ohne Respekt vor Tabus zu diskutieren. Dabei müssen wir bereit sein, manchmal auch für uns schmerzliche Lösungen zu entwickeln, diese effektiv umzusetzen und gemeinsam für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik einzustehen.

III. Handeln

Die NGOs sollten mehr zusammenarbeiten, zum gegenseitigen Vorteil und um Synergieeffekte in der Entwicklungshilfe zu erzielen.

- Arbeitsgemeinschaften fördern Effizienz und reduzieren Kosten bei der Verwaltung von Projekten. Das erhöht den Anreiz bei den Geldgebern, mit diesen zusammenzuarbeiten und bietet größere Garantien bei der Subventionsvergabe.
- Größere Organisationen wie GIZ, DFID, AFD, SIDA sind nicht notwendigerweise eine Garantie für mehr Erfolg. Sie bieten aber eine größere Aussicht, den nationalen Anteil am Subventionstopf zurückzubekommen (bzw. zu vergrößern), um die eigenen Strukturen zu finanzieren. Dabei wird die Ertragslast weitergegeben und der Gewinn einbehalten: Es geht von Hauptauftragnehmer zum Sub- zum Sub- zum Subunternehmen, und so sieht dann die Qualität aus. Beispiel Afghanistan: Beim Straßenbau nach Kandahar wurden zahlreiche Subunternehmen beschäftigt. Die Straße ist nach zwei Jahren zerfallen. Bei der Straße, die in die andere Richtung führt, lief es anders, sie steht heute noch. Wenn wir alles an große Organisationen geben, bleibt hinterher nichts mehr übrig für die, die die Arbeit machen. Das bedeutet keine Monopolschelte! Es gibt Variationen zu diesem Vorgehen der Geldgeber.
- Geld-Dumping bei internationalen Organisationen und Banken seitens der Geldgeber hilft zwar, Mittel schnell unter Vertrag zu bekommen. Damit sind aber erhebliche Nachteile verbunden: Sie gehen zu Lasten derer, die Leistungen vor Ort umsetzen und der Empfänger und weniger für die Politik und Verwaltung der Entwicklungshilfe.
- Privatunternehmen sollen in Zukunft verstärkt eingeschaltet werden. Das ist erfreulich. Dafür müssen wir aber nicht vom Standort Deutschland aus denken, sondern vom Ein-

satzstandort. Warum? Steuern in Deutschland auf Entwicklungshilfemaßnahmen sind kontraproduktiv, treiben die Kosten in die Höhe und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit.

- Deutsche Technologiestandards vor Ort sind wünschenswert, aber oftmals Utopie.
- Auch NGOs können Leistungsverträge mit Gewinnanteil unterschreiben. Das verpflichtet aber zur Leistungserbringung mit Erfolgszwang. Das ist natürlich unbequemer als eine Subvention, jedoch bieten marktwirtschaftliche Modelle dennoch Wettbewerbsvorteile.
- Die Entwicklungszusammenarbeit braucht Sicherheit. Wir müssen Bereitschaft schaffen, mit Sicherheitskräften zusammenzuarbeiten. Sonst geht das Geld in die UN-Organisationen.
- Viele Aufgaben können durch einheimische Kräfte in den Empfängerländern übernommen werden. Das löst in vielen Fällen Sicherheitsprobleme und unterstützt zur Selbsthilfe. Dennoch müssen Expats auch in den Empfänger-, nein Partnerländern eingesetzt werden. Ihre Sicherheit muss verstärkt werden in Krisengebieten. Kooperationen sind dabei möglich mit anderen Ländern und deren Institutionen.

Forderungskatalog:

1. Die Einstellung der Stellschrauben des Systems müssen besser aufeinander abgestimmt werden.
2. Synergieeffekte müssen regelmäßig vorgelegt werden.
3. Mehr-Phasen-Projekte müssen finanziell abgesichert werden.
4. Weg vom jährlichen Budgetansatz im Haushalt! Mehrjährige Planung sollte die Regel werden. Mittel sollten wiederverwendet werden können, wenn Projekte keinen Erfolg erwarten lassen.
5. Das Verfallen von Budgetmitteln sollte verzögert werden.
6. Verwaltung und damit verbundene Kosten müssen reduziert werden. Vereinfachung der Rechnungslegung und Vergabe führen nicht zwangsläufig zu mehr Vetternwirtschaft und Korruption.
7. Pauschalbeträge/ Flat Rates oder Global-price-Ansätze sollten bevorzugt zum Einsatz kommen.
8. Der Überprüfungsaufwand muss dem Zweck und dem Risiko entsprechen.
9. Ergebnisorientierte Verträge anstatt Subventionen sollten geschlossen werden. Ohne Ergebnis keine Zahlung. Das Ergebnis des Subventionsrisikos kann nicht allein beim Geldgeber liegen.

Es geht nicht darum, die Entwicklungshilfe abzuschaffen oder neu zu erfinden. Wir sollten endlich anfangen, uns zu fragen: Würde ich das Projekt mit meinen eigenen Mitteln finanzieren?

Arbeitsgruppe „Helles Köpfchen aber keinen Plan“ – Bildung und Weltoffenheit

Moderation: Detlev Groß



Nicht alle können alles allein machen. Die aktuelle Wahrnehmung attestiert einen rasanten Anstieg der Herausforderungen an die Konzepte und Strukturen der sozialen und politischen Bildungssysteme sowie an deren Inhalte. Dabei besteht weitgehend Konsens, dass neue Impulse für einen bildungsprogrammativen Fortschritt dringend benötigt werden und es gleichzeitig elementar bleibt, bereits gesammelte Erfahrungen nicht außen vor zu lassen, wenn es um die Definition und Formulierung potenziell neuer Bildungsziele und -anforderungen sowie deren flankierender Thesen geht.

Detlev Groß stellt in diesem Zusammenhang die These in den Raum, dass politische Ideen in Deutschland etwa 15 Jahre bis zu ihrer Umsetzung benötigen; weshalb es im Hinblick auf die Agenda 2030 wohl unumgänglich sein dürfte, die übliche Vorgehensweise zu beschleunigen. Notwendige Kommunikationsmechanismen sollten neben dem Sender vor allem den Empfänger stärker einbeziehen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. In Anlehnung an den Vortrag des Vorredners *Clemens Potocki* eröffnet er die Runde mit der Einladung, Bildung für einen Moment als ein wirtschaftliches Gut bzw. als eine Aktie zu abstrahieren und der Frage an die Impulsgeber, ob sie diese (Bildungs-) Aktie kaufen, halten oder verkaufen würden?

„Bildung ist die Basis für Veränderungen“ antwortet *Kambiz Ghawami* und begründet seine Bereitschaft, derlei Anteilsscheine kaufen zu wollen, folgendermaßen: Generell sei die bundesdeutsche Bildungslandschaft ausgesprochen vielfältig aufgestellt, gleichzeitig brauche sie aber auch neue Hebel, um die politischen Rahmenbedingungen entsprechend den sich verändernden Anforderungen zu adaptieren. Dabei biete der Föderalismus eine große Chance, bietet er doch indirekt die Möglichkeit, unterschiedlichste Zielgruppen genauer anzusprechen. Gleichzeitig steigert sich die Akzeptanz für Veränderungen innerhalb der eigenen Gesellschaft. Es bleibt aber viel Luft nach oben, um weitere Zustimmung hierfür zu entwickeln. Als attraktive Einflussgruppe müsse man insgesamt besser werden, um vorhandene Tendenzen zu unterstützen. Ein mögliches Rezept kann es sein, sich an aktuelle Entwicklungen anzuhängen, dabei die eigene Reaktionsgeschwindigkeit zu erhöhen, um anschlussfähig zu werden und neue strategische Partner*innen zu gewinnen.

Malte Letz unterstreicht die Wichtigkeit der Kommunikation, wenn es darum geht, die immense Vielfalt der existierenden Bildungslandschaft einer Bestandsaufnahme zuzuführen. Er plädiert dafür, verstärkt auf die Potenziale staatlicher Partnerschaften und Umfeldler zu setzen und hat die Museen dafür identifiziert. Viele dieser Partner*innen verfügten über genügend Mittel und erlaubten somit die Entwicklung neuer Projekte. Sein Fazit: Die Mischung aus politischer Bildung und Museumspädagogik ermöglicht Wege für Neues.

Katrin Frey betont, dass es neben dem bisherigen Vorgehen vor allem um die systematische Verankerung über neue Zugänge mit und zu BNE gehe. Denn letztlich sei Bildung der Schlüssel für eine Bündelung der gemeinsamen Interessen. Nicht nur im Saarland, sondern auch

in anderen Bundesländern bewege sich im Bereich der Bildung so einiges. Dabei finden die unterschiedlichen Kreise auch in der Kooperations- mit Nichtregierungsorganisationen immer stärker zueinander und unterstreichen ihre Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung. Sie selbst ist seit 2012 im Ministerium für Bildung und Kultur tätig und pflegt die Interessen der Landesregierung mit Partner*innen aus Wissenschaft, Bildung und Kultur. Für den erforderlichen Wandel in der Bildungspolitik sowie deren Implementierung ist eine systematische Verankerung der Ziele von großer Bedeutung, denn diese bringt eine bessere Orientierung auch für die Lehrerinnen und Lehrer. Eine systematische Verankerung von BNE bedarf eines Rahmens auch in den Lehrplänen der Länder und konkreten Umsetzungsmaßnahmen in Schule. Deshalb finanziert das BMZ zurzeit mithilfe der Landeskoordinatoren BNE in einigen Bundesländern die fachlichen, spezifischen Bedürfnisse, um diese in der Bildungspolitik des Landes zu verankern.

Der nationale Aktionsplan (Bildung für nachhaltige Entwicklung, BNE) ist für alle Bundesländer verbindlich und gibt klare Maßgaben für den schulischen Bereich vor. Dabei gibt die Agenda 2030 die Marschroute vor. Gleichzeitig bleibt Bildung aber Ländersache.

Kambiz Ghawami: Je nach Bundesland gibt es unterschiedliche Zeitpläne. Eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Umsetzung des Orientierungsrahmens findet sich auf „globales Lernen“ (siehe Globale Entwicklung, Cornelsen Verlag: „Orientierungsrahmen für den Lernbereich“). Dieser Orientierungsrahmen stammt im Grunde aus dem Jahr 2010 und ist erstellt worden, nachdem die KMK ihre Defizite erkannt hatte. Die derzeitige Version ist schon die zweite (die erste ist von 2006). Trotz des Umfangs und der vielen Detailanregungen bleibt die Frage offen, ob die Lehrer*innen diesen Rahmen überhaupt wollen.

Im Folgenden ging es um die Fragen: Wie können die Schulen bzw. die Lehrer*innen bei der Umsetzung unterstützt werden? Welche Zielgruppen außerhalb der Schule kommen infrage? Mit welcher Sprache kommuniziere ich die Inhalte und erreiche die jungen Leute?

Seit Beginn dieses Jahrzehnts gibt es insgesamt viele positive Entwicklungen, die eine Bereitschaft zu notwendiger Veränderung erkennen lassen. Dafür bietet der Orientierungsrahmen Beispiele, auch wenn nicht alles nach Rahmenbedingungen umgesetzt werden kann. In NRW hat sich beispielsweise eine Plattform zur Vernetzung und Beratung etabliert. Beratung ist ein mühsames Unterfangen, das enormes Engagement Einzelner in den Schulen erfordert. Auch das Thema globale Migration, das mittlerweile bis in die kleinsten Dörfer vorgedrungen ist, benötigt Beratung. Dabei ist globales Lernen zentral, da diese Thematik immer wichtiger wird und größeren Raum einnimmt. NGO-Initiativen, wie das Projekt „Grenzenlos“, vermittelt Schulen Hilfestellung und Anleitung.

Der Orientierungsrahmen soll gar nicht bei jedem Beispiel eins zu eins umgesetzt werden. Allerdings dient er sehr wohl dazu, das Bewusstsein für die Anpassung der Lerninhalte zu stärken und die Zielpersonen für BNE und globales Lernen zu sensibilisieren. Im Gegensatz zu Museen als Institutionen und Orte des freiwilligen Lernens gelten für Schulen andere Bedingungen, d. h. wenn ein Rahmen existiert, dann muss dieser auch umgesetzt werden. Denn Bildung für nachhaltige Entwicklung ist fundamental.

Stefanie Linner beklagt, dass die Kommunikation in der Wirtschaft von Profis gemacht werde und deshalb viel besser funktioniere. In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit fehlt

die relevante Kommunikationskompetenz. Es bedarf einer Sprache, die junge Leute sprechen und verstehen. Was nützt es, wenn ich mit den großen Themen nicht an sie herankomme? Wie schaffe ich eine Transformation mit alten Mitteln? Müsste es nicht eine Tagung geben, auf der man sich über ein entsprechendes „Tuning“ der Kommunikation Gedanken macht?

Malte Letz stellt fest, dass Probleme auch deshalb entstehen, weil die Grundregeln der Kommunikation nicht beachtet werden. Es müsste viel mehr die Psychologie als Standardkriterium für Kommunikation in Bezug genommen werden.

Detlev Groß: Erst wenn wir die Zielgruppen identifiziert haben, können wir überhaupt mit diesen kommunizieren. Wir können also erst dann die psychologisch relevanten Ziele und Elemente kommunikativ gewichten bzw. erreichen. Die strategischen Partner*innen heute sind vor allem der Bund via BMZ und die Länder (70/30). Ist diese Struktur grundsätzlich geeignet oder sollte man diese ändern und wenn ja, auf welche Weise?

Als Zielgruppen wurden u.a. Eltern ausgemacht (hier Einbeziehung des Bundeselterrates, im Saarland hat dieser eine wichtige Rolle bei der sogenannten Schulmitbestimmung), migrantische Gruppen, Studierende, Nichtakademiker*innen etc. Der Hochschulausschuss der KMK verfügt beispielsweise über Haushaltstitel, um Anreize geben zu können. Als Überlegung: Die Länder können hier Empfehlungen geben, müssen aber die Autonomie der Hochschulen respektieren. Die Anreizsysteme sollten darauf achten, die Nachhaltigkeit auf den Hochschulbereich auszuweiten. Die Medienpartner*innen und Journalist*innen werden als Zielgruppe nicht klar genug einbezogen. Beispiel Dachverband der Journalist*innen: Das Thema Entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist dort nicht vertreten. Auch haben internationale und persönliche Begegnungen eine immense Wirkung. Gastkinder hinterlassen darüber hinaus auch real bleibende Eindrücke bei den Gasteltern und ihrem Umfeld.

Geht es aktuell um Vereine und deren öffentliches Engagement, so haben wir es vornehmlich mit „alt gewordenen“ Vereinen zu tun. Gleichzeitig finden sich jede Menge junge Menschen zusammen, die neue Initiativen und Vereine gründen möchten. Für entwicklungspolitische Projekte erhalten diese relativ leicht eine öffentliche Finanzierung, obwohl es noch wesent-



lich mehr Information über Förderungsprogramme der EU geben müsste. Gegenwärtig ist die wesentliche Herausforderung, die „alten“ mit den „neuen“ Initiativen zusammenzubringen. Dabei spielt Kommunikation eine wesentliche Rolle.

Detlev Groß fragt die Teilnehmenden in der abschließenden Runde, welches Problem sie in den kommenden 15 Jahren als das Größte identifizieren und mit welchen kommunikativen Mitteln man es angehen könnte.

1. An die Zielgruppen gelangen und nicht zu verkopft kommunizieren, sondern mit einer konkreten und anschaulichen Sprache. Dafür personelle und finanzielle Mittel bereitstellen.
2. Zielgruppen vernetzen.
3. Didaktische Reduktion bei einer gleichzeitigen Neuaufstellung der Angebote.
4. Konstanter Generationenwandel erkennen, um diese Adressaten mit größerer Genauigkeit zu erreichen.
5. Das Gleichgewicht zu den 130 betroffenen Organisationen halten und relevante Dinge kommunikativ sprachlich greifbar machen.
6. Wie geht man mit Inklusion um? Wie damit umgehen in Entwicklungsländern? Ausgewogene und zielgruppengenaue Kommunikation sind elementar für die Balance.
7. Wir brauchen Akzeptanz für Veränderungen, um dem Rückzug ins Nationale zu widerstehen.
8. Wir müssen grenzenlos werden.
9. Wir müssen Freude dabei verspüren, den Generationswechsel zu vollziehen.
10. In den kommenden 15 Jahren sollte BNE als Querschnitt jedes Ministerium als Rahmen übersatteln. Mit Mut und Offenheit an den Aufgaben arbeiten, mit Kontinuität statt mit fluchtartigem Aktionismus.

Am besten wäre es, wenn wir feststellen könnten, dass wir nicht mehr benötigt werden.

Arbeitsgruppe „Krieg und (Be-)Frieden“ – Entwicklungspolitik und Sicherheit

Moderation: Axel von Hoerschelmann



Axel von Hoerschelmann vom Verein zur Förderung von Wissenschaft und Praxis der Mediation in Berlin begrüßt die Runde mit den Worten König Davids „Suche Frieden und jage ihm nach“ – und das in einer Welt, in der gewaltsame Konflikte nur wenige Flugstunden von uns entfernt stattfinden. In unserer Wahrnehmung jedoch tragen wir das heute scheinbar gelassener als zu Zeiten der Friedensbewegung, in der wegen geografisch weit entfernterer Konflikte, z. B. dem Vietnamkrieg, demonstriert wurde. Neueren Umfrageergebnissen vom Institut für Demoskopie Allensbach zufolge ist der Anteil der Bevölkerung gesunken, der sich dafür ausspricht, zur Konfliktbeendigung deutsche militärische Beteiligungen zuzusagen und zu beschließen. Was der Einsatz von deutschen Polizisten in Nachkriegsgesellschaften bewegt und bewirkt, schildert Ihnen nach einer kurzen Vorstellungsrunde *Heiko Schmidt*, der seit 13 Jahren Leiter des Internationalen Zentrums an der Fachhochschule Polizei Oranienburg ist:

In der Zusammenarbeit mit der Bundespolizei entsenden wir Polizeibeamte auf freiwilliger Basis, die wir für Friedensmissionen ausbilden und für ein Jahr in Auslandseinsätze schicken (z. B. Kosovo, Mazedonien, Bosnien oder auch in afrikanische Länder und nach Afghanistan), um dort vor Ort Stabilität zu erzeugen. Europäische Standards der Sicherheitspolitik und Rechtsstaatlichkeit sollen nachhaltig implementiert werden – die Polizei als verlässlicher Partner. Die Frage nach der Akzeptanz europäischer Standards ist allerdings noch nicht abschließend geklärt. Nur weil sie funktionieren, heißt nicht, dass sie von anderen Ländern automatisch als EU-Standards verstanden werden. Wir helfen dabei, Vertrauen in die eigene Struktur aufzubauen, damit Vertrauen von außen kommt und soziale und ökonomische Maßnahmen folgen können.

Im Regelfall bildet sich ein Konsortium, das sich auf ein mehrjähriges Projekt im Rahmen einer EU-Ausschreibung seitens des Bittsteller-Landes bewirbt. Die EU übernimmt die Kosten für dieses Projekt, das auf eine Dauer von zwei bis drei Jahren ausgelegt ist. Die Zielsetzung muss klar sein und auch mit welchem Personal dieses erreicht werden kann. Singuläre Bewerbungen werden von der EU ungern gesehen, deshalb steht man immer in Konkurrenz mit mehreren Ländern und das Aufnahmeverfahren stellt hohe Anforderungen. Hat sich ein Konsortium aus mehreren Ländern gebildet und den Zuschlag beim Auswahlverfahren bekommen, so übernimmt einer der Partner die Projektleitung (*senior partner*). Bei der Projektvergabe entscheidet nicht die EU als Geldgeber, sondern das Land, in dem das Projekt durchgeführt wird. Die EU hat lediglich ein Vetorecht. Der Vertreter des Nutznießerlandes (*beneficiary country*) schätzt bei dem Selektionsprozess ein, welche Projektplanung der Bewerber am sinnvollsten der Zielerreichung dient. Im Dreimonatsrhythmus finden dann Evaluationen über den vorangegangenen Zielabschnitt und die zukünftige Dreimonatsplanung statt. Die positiven Effekte: Es gibt eine intensive Diskussion unter den Teilnehmerstaaten und pragmatische Wege zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität werden gefunden und Polizeireformen intensiv begleitet. Projekte dieser Art fanden häufig auf dem Balkan bei der beginnenden Demokratisierung aus einem sozialistischen System Ende der Neunziger und Beginn des neuen Jahrtausends statt. Zahlreiche aktuelle innere Probleme wie

nicht lange zurückliegende Kriege erschwer(t)en allerdings die Umsetzung. Dabei gewinnen kulturelle Unterschiede an Bedeutung. Quotenregelungen beispielsweise treffen auf Widerstände. Prozesse werden gestartet, an deren Umsetzung monate- und jahrelang gearbeitet wird. Wichtig ist ein vertrauensvolles und extrem offenes Gesprächsklima. Kommunikation aller betroffenen Gruppierungen ist sehr wichtig und muss oberste Priorität haben. Für die am Projekt beteiligten Polizeibeamt*innen, Vertreter*innen der Staatsanwaltschaften und spezieller Expert*innen bewirkt so ein Auslandseinsatz positive Veränderungen: Es werden berufliche Partnerschaften und Kontakte – wenn nicht sogar Freundschaften – für die Zukunft geschlossen. Das interkulturelle Verständnis wird gefördert. In einer Fremdsprache (im Regelfall Englisch) zu unterrichten oder Trainings durchzuführen fördert einerseits die berufliche Bandbreite und hat auch eine positive Auswirkung auf das Selbstbewusstsein. Auf die weitere Polizeikarriere wirkt es sich aber leider nicht in besonderer Weise aus.

Zur Nachhaltigkeit

Nicht immer werden EU-Standards gerne akzeptiert. Beispiel Quotenregelung: Eine bestimmte Minderheit in einem Land bekommt politisch eine entsprechende Anzahl von Funktionsstellen zugewiesen (bspw. 20 Prozent). Durch eine in der Vergangenheit nicht vorhandene Ausbildungsgleichheit liegt bei dem nun festgelegten Repräsentanten auf einer verantwortlichen Stelle nicht die notwendige Qualifikation vor. Dies kann zu erheblichen Führungsdefiziten führen, was wiederum eine negative Einstellung gegenüber dieser Minderheit bestätigt. Diese Defizite können nicht innerhalb weniger Monate oder Jahre aufgeholt werden und schaffen Probleme im Berufsalltag. Dennoch gibt es keine praktikable Alternative zu diesem Vorgehen. Das Ideal der Gleichheit ist eben schwer zu verwirklichen.

Auswirkungen auf Deutschland

Die politisch Verantwortlichen tun gut daran, zu verstehen, dass eine hochwertige Ausbildung der Polizei im Ausland auch eine bessere Ausgangsbasis in Deutschland bedeutet. Eine enge Zusammenarbeit ist ein pragmatischer und intellektueller Gewinn für beide Seiten. Denn: „Leben ist nicht genug“, sagte der Schmetterling, „Sonnenschein, Freiheit und eine kleine Blume gehören auch dazu“. (Hans Christian Andersen)

In der anschließenden Diskussionsrunde kam zur Sprache, dass sich die Privatwirtschaft (Thinktanks, Sprachinstitute, Gesundheitsberatungsdienste etc.) in das Bewerberkonsortium einreihen kann, sofern sie den Basisanforderungen des Bewerbungsprozesses genügen.

Darüber hinaus sind Menschen mit Migrationshintergrund und/oder zwei Staatsbürgerschaften im Polizeidienst in Deutschland beschäftigt. Das führt dazu, dass eine größer werdende Sprachkompetenz an Polizeihochschulen vorhanden ist.

Die Ausbildungen in den Ländern hängt von den vorhandenen Gegebenheiten ab. In Nord-Mazedonien z.B. wurde laut einer EU-Vorgabe die Grenzpolizei ausgekoppelt. Die Kriminalpolizei wurde an besserer Technik ausgebildet, für Verkehrspolizisten gab es Kommunikationstraining im Umgang mit der Bevölkerung und die negative Auswirkung von Korruption bei der Polizei wurde ausgiebig diskutiert, um ein Verständnis für harte Gegenmaßnahmen aufzubauen.

Im Kosovo ist es durch ein Polizeiprojekt gelungen, endlich eine praktikable Kooperation zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei aufzubauen. Hier ist gezieltes Nachsteuern, auch durch weiterführende EU-Projekte möglich. Dies hat sich bereits in kurzer Zeit bewährt. Der Führungsdienst wurde in effektiveren Führungsmaßnahmen ausgebildet und auch auf den besseren Umgang mit unterschiedlichen Belastungssituationen im Dienst vorbereitet. Expert*innen aus allen Bundesländern und aus dem Ausland können eingesetzt werden. Kosten für die Expert*innen werden aus den Projektbudgets bezahlt und erhalten eine kleine „Aufwandsentschädigung“. In Brandenburg erfolgt dieser Expert*innenneinsatz, indem die Beamt*innen Urlaub für diese Zeit nehmen oder Überstunden abfeiern. Das Feedback vonseiten der Expert*innen war immer positiv und vom Gastgeberland ohnehin.

Bei Auslandsmissionen der Polizei (generell für ein Jahr) soll sich jeder als „kleiner Botschafter Deutschlands“ verstehen. Vergehen gegen die Statuten werden mit Ausreise binnen 24 Stunden sanktioniert (Repatriierung) und zieht auch weitere disziplinare Maßnahmen nach sich. Unsere Polizeibeamt*innen integrieren sich in das Gastland, suchen sich eine Wohnung und entwickeln sich persönlich weiter – so findet wirklich ein intensiver Austausch statt.

Aus der Runde bemerkt die Teilnehmerin vom Auswärtigen Amt, dass die Kolleg*innen auch nach Beendigung der Maßnahmen weiterhin Ansprechpartner bleiben als Teil der Karriereplanung. Austausch- und sogenannte Twinning-Projekte, bei denen ein anderes Land der Zwilling ist, gibt es auch im Verwaltungsbereich.

Der Unterschied zwischen UN- und EU-Maßnahmen besteht darin, dass es im Fall der EU Entsendungen von Polizisten nur in befriedete Länder gibt. Auch basiert der Einsatz auf Freiwilligkeit und kann innerhalb von ein bis zwei Tagen ohne Nennung des Grundes und ohne Nachteil für die eigene Karriere abgebrochen werden – andernfalls hätte man Rekrutierungsprobleme. Es geht nicht um Erprobtheit im Kampf, sondern um die Erweiterung fachlicher Kompetenzen. Unsere Polizei muss kein bestimmtes Bild im Ausland vermitteln, sondern fachliche Qualitäten vor Ort zum Tragen bringen.

Junge Polizist*innen im Einsatzland haben oft keine gute Ausbildung, deshalb stellt sich die Frage: Wie motivieren wir sie mit über das Projektende hinausgehenden Kooperationen wie z.B. Erasmus+-Programmen? Das ist zwar europaweit nicht allgemein üblich, aber in Deutschland machen wir das.

Von den 230 Polizeibeamt*innen, die Deutschland in den Kosovo schickt, rekrutieren sich ein Drittel aus der Bundespolizei, die anderen zwei Drittel werden nach dem Königsteiner Schlüssel (Quote nach Bevölkerungsanzahl und Steueraufkommen in den Bundesländern) aufgesplittet. Das ist die geforderte Anzahl von Polizist*innen, die die Länder erbringen müssen. In der Regel gibt es keine Erfüllungsprobleme. Bei über 450 im Ausland eingesetzten Polizist*innen ist das Verhältnis Bundespolizei/Länderpolizeien 50/50.

Der Balkan ist weitgehend befriedet, jetzt gehen die Entsendungen eher nach Nordafrika. Hier gibt es ein Sprachproblem, denn die Polizist*innen müssen Französisch sprechen können.

Eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort gibt es in der Polizeiarbeit eher nicht. Dafür ist sie aber in der Projektarbeit der Regelfall. NGOs werden vor Ort

zur Grundsatzvermittlung eingeladen (z.B. werden korrupte Polizisten gemeldet). Teilnehmende NGOs werden nicht mehr als Störenfriede wahrgenommen und NGOs bekommen auch ein positiveres Bild von der Polizei.

Die Polizeien aller Länder haben eigene Sondereinsatzkräfte (SEK) und auch der Zoll hat eigene Kräfte, mit zum Teil genauso vielen und gefährlichen Einsätzen wie die GSG 9. Über die Jahre und Einsätze hat Deutschland bei Einsätzen viele SEK-Leute verloren. Dieses spezielle Personal muss nicht nur körperlich fit und gut ausgebildet sein, sondern auch psychisch stabil. Der Nachteil: Sie koppeln sich als Elitetruppe vom Rest der Polizei ab. Deshalb stehen sie auch strikter unter Beobachtung, um punktuelle Auswüchse zu verhindern.

In der Polizei gibt es zahlreiche Kooperationen mit dem Ausland, bei denen Wissen und Maßnahmen ausgetauscht werden. Beispielsweise findet zwischen der brandenburgischen FHPol und der israelischen Polizeiakademie ein guter Austausch statt. Polnische Staatsbürger*innen sind als deutsche Polizist*innen auch in unserem Auftrag unterwegs und gehen in internationale Einsätze für uns – das bedeutet Vertrauen und Selbstverständlichkeit. Die ganze Welt trifft sich zu Sportwettkämpfen der Polizei – das ist weltweit eine große Gemeinschaft mit einem engen Austausch.

Im Gegensatz zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist die Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Polizei eher schwach, d.h. diese werden in der Regel nicht so häufig kommuniziert. Die Wahrnehmung in der Bevölkerung ist deshalb gering, weil das Thema in den Medien nicht vorkommt, außer es gibt tote Polizist*innen im Auslandseinsatz. Es muss nicht jede einzelne Maßnahme in der Presse erscheinen, aber andererseits fehlt die Anerkennung dafür. Die Thematik ist auch politisch heikel. Bei den sinkenden Personalzahlen (hier wird aktuell allerdings inzwischen gegengesteuert, was aber Zeit kostet) ist manchem Bürger schwer zu vermitteln, dass deutsche Polizeikräfte in Auslandseinsätzen sind, aber Beamt*innen im Inland bei der Aufklärung von Einbrüchen, bei Diebstählen etc. fehlen.

Auslandseinsätze sind nicht zwangsläufig Karriereleitern für Polizist*innen. Sie haben nach ihrem Einsatz menschlich eine Entwicklung durchgemacht, schätzen die Möglichkeiten zu



Hause und geben ihre Erfahrungen auch im privaten Bereich weiter. Im dienstlichen Bereich stellt sich das schwieriger dar. Es wird leider ignoriert, weil davon ausgegangen wird, dass die Eingesetzten mehr verdient haben und ihre Kolleg*innen währenddessen ihre Arbeit übernehmen mussten. Das Interesse an ihrem Einsatz ist oftmals gleich null.

Eine georgische Teilnehmerin bemerkt, dass der Kosovo viel Glück gehabt habe. Ihrer Meinung nach erlebe Georgien hingegen eine schleichende Okkupation durch russische Truppen. EU-Polizisten hätten dort nur geringe Möglichkeiten. Wenn das Risiko ein bestimmtes Maß überschreitet, müssten die dort eingesetzten Polizist*innen sich zurückziehen. Es müsste einen Grundentscheid auf politischer Ebene getroffen werden, um größere Einsätze z. B. in Georgien oder in der Ukraine zu ermöglichen.

Mitarbeiter*innen des Auswärtigen Amtes werden in ihren Einsätzen im Ausland von Bundespolizisten geschützt, das kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Auch die FRONTEX-Aufgaben haben sich drastisch erhöht – z. B. Fingerabdrücke nehmen, sprachliche Befragungen (Screenings) durchführen – und die Polizist*innen haben nach zwei Monaten den Eindruck, etwas Gutes getan zu haben. Die Zweimonatseinsätze sind akzeptiert, familiär und bei den Eingesetzten. Angehörige dürfen nicht an den Einsatzort (bei Unsicherheiten bilden sie einen Risikofaktor). Polizist*innen würden im Sicherheitsfall evakuiert werden, Angehörige hingegen nicht. Sie können sich aber im benachbarten Ausland treffen.

Fazit: Die internationalen Polizeieinsätze sind ein wertvolles Mittel, neben den sicherheitsrelevanten Aufgaben vor Ort, die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu flankieren. Die Idee der internationalen Einsätze ist noch nicht so alt. Ziel sollte es aber sein, den Erfahrungsschatz auch an eine interessierte Öffentlichkeit weiterzugeben.



Arbeitsgruppe „Arm, ärmer, am ärmsten“ – Fehlende Verteilungsgerechtigkeit bei unterschiedlichen Maßstäben

Moderation: Wolfgang Grätz

Jeder habe eine eigene Vorstellung von Armut und davon, was man gegen sie tun könne, so die einleitenden Worte des Moderators der Arbeitsgruppe *Wolfgang Grätz* von der Staatskanzlei Hamburg. Bevor es jedoch in die Diskussion zum Thema Armutsbekämpfung und deren Kommunikation ging, übergab Grätz das Wort an *Tim Janßen*, geschäftsführender Vorstand des gemeinnützigen Vereins Cradle to Cradle. Grundgedanke und bestimmendes Motiv der Organisation sei es, unseren Konsum, unsere Lebensweise und unsere Produktentwicklung im Kreislauf zu denken und den Menschen als produktiven, schöpferischen Teil der Erde zu betrachten und nicht als Ressourcen verbrauchenden, die Umwelt krank machenden Akteur. Da die Zerstörung der Umwelt, der Ressourcenverbrauch und die soziale Ungleichheit die großen Fragen unserer Zeit seien, müsse man aus dem „linearen Prozess ausbrechen“ und im Kreislauf denken und dabei Ressourcen zurückführen. Daher auch der Name der Organisation. Es bedarf einer neuen Gestaltung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenwirkens. Die Natur könne hierzu als Vorbild dienen. „Müll ist menschlich gemacht, Abfall ist natürlich“ so die Verdeutlichung des Prinzips. Unser Leben, Handeln, Konsumieren müsse neu gedacht und umdefiniert werden. Es gehe auch nicht um die stete Reduzierung unseres ökologischen Fußabdrucks. Es gehe vielmehr darum, dass eine Vergrößerung unseres positiven Fußabdrucks der Erde und ihren Bewohnern nicht schadet und sie nicht krank macht, sondern uns kreativ nützt. Nicht um weniger, sondern um anders gehe es, so die Kernaussage.

Mit diesem Input ging es in die erste Runde der Veranstaltung. Es wurde zunächst festgestellt, welche Begriffe und Assoziationen die Teilnehmenden mit dem Begriff Armutsbekämpfung verbinden. Genannt wurden überwiegend positive Begriffe wie Solidarität, Empathie und Gerechtigkeit. Es wurden aber auch konkrete Erfordernisse genannt wie Bildungschancen, Nahrungssouveränität, Klimagerechtigkeit und Umverteilung. Des Weiteren wurde Bezug genommen auf den negativen Aspekt der Entwürdigung, über den viel diskutiert wurde. Opferrollen zu verhindern und armen Menschen ihre Selbstständigkeit und Würde zurückzugeben sei ausschlaggebend für die Armutsreduzierung.

In der zweiten Runde beschäftigten sich die engagiert Diskutierenden mit Kernthemen und Rahmenbedingungen für mehr Verteilungsgerechtigkeit:

1. Katastrophen- und Überlebenshilfe.
2. Projektbezogene Hilfen. Armut werde reduziert durch die Bekämpfung ihrer Ursachen. Durch mehr Bildung, Stärkung der Frauenrechte, Reform der Landrechte und Investitionen im Gesundheitssektor.
3. Ein Umdenken müsse stattfinden. Die relative und absolute Armut im globalen Norden und Süden und die zu lösenden weltweiten Probleme müssten im Zusammenhang ge-

dacht werden, so der allgemeine Konsens in der Gruppe. Zudem müsse deutlicher herausgestellt werden, dass unser Wirtschaftsmodell für eine soziale Spaltung sowohl in Deutschland als auch überall auf der Welt Sorge.

Die dritte Runde der Veranstaltung erarbeitete wichtige Botschaften und Ansprachen, die es zu vermitteln gelte. „Armut ist mehr als nur Mangel an Geld“ stellte *Wolfgang Grätz* heraus. Ein weiterer wichtiger Appell sei das drängende Zeitproblem. Entwicklungszusammenarbeit sei nicht mehr aus Güte heraus geboten, sondern schiere Notwendigkeit, auch für die Menschen in Deutschland. Armut hänge weltweit zusammen und auch Europa sei eine Entwicklungsregion.

Probleme könnten nur global gelöst werden, war eine prägnante Botschaft der Runde. Zudem müsse das Wachstumsdogma hinterfragt werden. Intensiv diskutiert wurde die Frage, in welche Richtung man gehen sollte: hin zu weniger Wachstum, weniger Verbrauch, vielleicht sogar Verzicht, oder, so die Ansicht von *Tim Janßen*, hin zu einem anderen Wachstum. Wachstum sei durchaus möglich und auch nötig, so der Vertreter der Cradle-to-Cradle-Denkschule, zum Beispiel im Pflegebereich. Andere Teilnehmende warfen die Frage auf, ob nachhaltiges Wachstum überhaupt möglich sei und ob grünes Wachstum nicht einfach ein Fortführen des Alten sei. Diese zwei Bewegungen stünden aber nicht in einem Konflikt, so das Ergebnis der Debatte. Nötig seien vielmehr eine neue Definition von Konsum und eine Neufestlegung unserer Werte. Gemeinwohlbilanzierung müsse den Fokus auf den Genuss von Kultur und Natur setzen, auf Güter wie saubere Luft, Erholung und Zeit mit der Familie. Diese Indikatoren würden fälschlicherweise nicht berücksichtigt bei der Bewertung von Wohlstand.

In der vierten Runde beschäftigte sich die Arbeitsgruppe intensiver mit der Kommunikation. Ziel war es, zu erörtern, wer die Akteur*innen und Zielgruppen sind und wie die entwicklungspolitische Kommunikation verbessert und strategischer eingesetzt werden könne. Die diversen Beiträge und Wortmeldungen betonten, vor allem die Perspektive des globalen Südens seien stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Zudem seien Austausch und Begegnung zwischen jungen Menschen aus dem globalen Norden und Süden wichtig. Erfahrungen hätten gezeigt, dass dies neue Perspektiven und überraschende Sichtweisen für die jungen Menschen mit sich brächte.



Ein bestehendes Problem sei die häufig negative und defizitäre Darstellung. Einigkeit herrschte schnell unter den Teilnehmenden, dass es einer positiven, von der Lösung her gedachten Kommunikation bedürfe. Fortschritte und positive Beispiele müssten betont und besser herausgestellt werden, dies dürfe aber nicht dazu führen, dass bei den Adressaten der Eindruck erweckt werde, es sei bereits alles in Ordnung und alle Probleme seien gelöst. Die Gruppe zeigte sich auch selbstkritisch und gestand offen eigene Versäumnisse bezüglich ihrer bisherigen Öffentlichkeitsarbeit ein.

Zum Ende der Sitzung wurde Bilanz gezogen und einige Forderungen aufgestellt, die als Grundlage für weiteres produktives Arbeiten dienen sollen. Die festgehaltenen Ideen/Vorschläge fasste *Wolfgang Grätz* bei der abschließenden Auswertung zusammen und zeigte sich zuversichtlich angesichts des Lernerfolges aus den Ergebnissen der Gruppe:

1. Entwicklungspolitische Akteur*innen und paritätische Wohlfahrtsverbände zusammenbringen, um die in- und ausländische Sichtweise zu vereinen. Dadurch könnten Probleme in ihrer Gesamtheit betrachtet werden und Konkurrenz verhindert werden.
2. Kommunikation positiv und lösungsorientiert zu gestalten, denn „Sprache verändert das Bewusstsein“. Durch eine positive Wortwahl könne viel erreicht werden, so das Fazit. „Nicht Müll, sondern Rohstoff“ war ein genanntes Beispiel.
3. Initiierung einer neuen Wertediskussion. Anstatt alles ins Finanzielle umzurechnen, müsse als Messwert die Frage dienen, welche sozialen und ökologischen Vorteile erwirtschaftet wurden. Nicht nur der Konsum von Materiellem müsse berücksichtigt werden, sondern auch Produkte wie eine intakte Natur, starke soziale Verbindungen, Gesundheit usw.
4. Aufbau einer Kommunikationsplattform und einer Datenbank für kleine Vereine und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Hier wurde von den Teilnehmenden großer Bedarf gesehen, da viele Projekte nicht allein gestemmt werden können. Vielen NGOs fehle es auch an nötigen Ressourcen wie Zeit, Informationszugang usw., sodass durch eine digitale Kommunikationsplattform mehr Kooperationsbereitschaft erzeugt, die Reichweite und Bekanntheit erhöht, die Kooperation und das Bündeln von Ressourcen und Kräften vereinfacht sowie der Austausch forciert werden könnten.

Arbeitsgruppe: „Migration versus Heimat?“ Geteilter Lebensraum und Homogenitätsvorstellungen

Moderation: Heinz-Joachim Lohmann



Nach einer kurzen Vorstellungsrunde aller Teilnehmenden erfolgt eine Einleitung durch *Heinz-Joachim Lohmann* von der Evangelischen Akademie Berlin bezüglich der Fragestellung: Welche Sustainable Development Goals (SDGs) treffen den Themenkomplex Heimat? Für Heimat gebe es kein einzelnes Ziel, aber folgende spielen in den Themenkomplex mit hinein: die SDGs 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), 11 (nachhaltige Städte und Gemeinden) und 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen). Da Heimat kein eigenes Ziel sei, stelle sich die Frage, welche Rolle die Lebensräume spielen.

Am Beispiel Großbritanniens zeigt der Moderator auf, wie tief zerrissen ein Land sein kann. Dabei begegne man den schärfsten gesellschaftlichen Konflikten in London, da dort verschiedene Lebenswelten und -realitäten wie nirgends sonst in Europa aufeinandertreffen würden. In Deutschland gebe es seit einigen Jahren die „Abendlanddiskussion“. Im Zuge dieser habe man die Fragestellung entwickelt, worauf wir uns gründen.

Anschließend wird ein Rückblick zu geschichtlichen Zusammenhängen hergestellt: Bis heute seien Wanderungsbewegungen Teil unserer Kultur. Begonnen wird dieser Abriss mit dem 30-jährigen Krieg und dem „Flickenteppich“, wie dieser Zustand im heutigen Deutschland aufgrund seiner Zerstückelung oft bezeichnet wird. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es noch weitere solcher Wanderungsmomente gegeben: Direkt nach 1945 gab es viele Vertriebene, in den 1960ern kamen die Gastarbeiter*innen, in den 1990ern Aussiedler*innen mit deutschem Hintergrund und seit 2015 die neuen Migrant*innen.

Rahim Diallo betont, dass Deutschland schon lange durch Migrationsbewegungen geprägt worden sei. Der 30-jährige Krieg habe ganze Generationen beeinflusst. Unter dem Stichwort „Magdeburgisierung“ kenne man historisch die Zerstörung einer ganzen Stadt. Man stelle sich immer wieder die Kernfrage: „Was ist typisch deutsch?“ Es sei wichtig, hervorzuheben, dass Deutschland schon immer aufgrund seiner geografischen Lage ein Migrationsziel gewesen sei.

Fazit der Einleitung ist die Frage: „Wie kann man als Migrant*in Heimatgefühle entwickeln in einer Gesellschaft, in der man Rassismus erlebt?“

Ein Teilnehmer betont, dass aus der Gesellschaft heraus nicht viel Initiative komme. Kommunikation und Verständnis müsse auf beiden Seiten funktionieren. Viele der Geflüchteten kämen aus Großfamilienkontexten und brächten damit viel mit, was förderlich zur Integration sein könnte. Sie seien Träger für Gemeinschaftlichkeit.

Anschließend folgt ein Exkurs zur Situation in Schweden, da eine Studentin aus Göteborg anwesend ist und ihre Erfahrungen schildern möchte. Schweden werde als Ideal angesehen. Auch in ihrer Eigenwahrnehmung würden die Schwed*innen sich das auf die Fahne schreiben. Dennoch gebe es dort innerhalb der Stadt abgesonderte „Migrantenviertel“. Auch

in Schweden gebe es Probleme mit Rechtspopulismus. Sie habe es als Deutsche ziemlich einfach, da sie vom Aussehen her über den „Stereotyp“ einer Schwedin verfüge (gleiche Haarfarbe und Augenfarbe, ähnlicher Hautton). Betont wird allerdings, dass der Kontext im studentischen Umfeld ein anderer sei als in der arbeitenden Bevölkerung.

Im Folgenden werden einige offene Fragen aufgeworfen, die in der weiteren Diskussion mit beachtet werden sollen, unter anderem: „Wie nimmt man wahr, dass Menschen anders leben?“ und „Wo bleiben die Dinge, die ich mitbringe aus meiner Kultur?“ Von zwei Migrant*innen wird das Gefühl des „Sichfremdfühlens“ beschrieben. Das fange bei vermeintlichen Kleinigkeiten wie von anderen Menschen angeschaut und betrachtet zu werden an, hänge aber auch mit einer anderen Eigenwahrnehmung zusammen. Dadurch sei man ständigen Irritationen ausgesetzt und funktioniere nicht mehr normal. Woran sich Menschen orientieren, seien meist Interaktionen und nicht Rechtsnormen. Festgestellt wird, dass schon oft Probleme mit Interaktion innerhalb eines Landes bestünden, beispielsweise zwischen Nord- und Süddeutschen.

Eine andere These fragt, ob die Bereitschaft zur Aufnahme in Drucksituationen eventuell größer sei, wenn alle zusammen an einem Strang ziehen müssen.

Die Interaktion innerhalb von Begegnungen werde erschwert, wenn man „eine Liste abhaken muss“, beispielsweise wenn in hilfsbedürftige Länder gereist werde und man viele Aufgaben zu erledigen habe. Dabei gehe es wenig um Kommunikation, sondern um das Erledigen von Aufgaben. Erst persönliche Begegnungen würden Kontext und Raum für Dialog schaffen. Aber auch Vermischung innerhalb von verschiedenen Wohnvierteln sei nötig für Kontakt.

Betont wird, dass Deutschland in Bezug auf Zwischenmenschlichkeit viel verloren habe, auch gerade in Bezug auf andere europäische Länder. Hier gebe es im Vergleich ein eher anonymisiertes Verständnis von Nachbarschaft. Viele Menschen würden sich durch die durch Nachbarn verübte „soziale Kontrolle“ beschränkt fühlen.

Leider viel zu häufig würden mit Migrant*innen nur Problemen verbunden, nicht aber die Möglichkeiten und Chancen gesehen, die sie der Gesellschaft gegenüber eröffnen. Durch



unsere finanzielle Absicherung hätten wir an sozialen Kompetenzen verloren („Ich habe sozial viel verloren, weil ich finanziell gewonnen habe“). Folgen von diesem gelebten und erlebten Individualismus sehe man gerade bei Senior*innen. Das Leben im Alter und die Lebensqualität in diesem Abschnitt wirkten gegenüber anderen Kulturkreisen vereinsamt. Die Interaktion müsse auf verschiedenen Ebenen erfolgen, um dieses Kulturverständnis zu beseitigen. Während der vorangegangenen Migrationsbewegungen habe es zusätzlich kein „digitales Paralleluniversum“ gegeben, in das man flüchten konnte.

Eine zentrale Rolle bei der Integration spielt die Sprache. Aber auch hierbei müsse gelten, dass die Kommunikation sowohl von den Geflüchteten als auch der Gesellschaft ausgehen muss. Deutsche Bürokratie dürfe zusätzlich auch nicht als Hürde angesehen werden und abschreckend wirken.

Die Diskussionsrunde endet mit der schwierigen Frage: „Was ist Heimat?“ Die wichtigste von allen gegebenen Antworten ist: „Das, was man gewohnt ist.“



**Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen
Brandenburgs e.V.**

VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u. ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.

Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.

Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.

Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Bantadores – Kindheit in Würde – Dignity in Childhood e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | Echo Kamerun e.V. | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | ESTAruppin e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Internationales Institut für Journalistik Berlin-Brandenburg e.V. (IIJB) | Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. Fürstenwalde/Spree (JuSeV) | Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Löwenherz e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Orientierungszentrum für Migrant_innen und Flüchtlinge (OMF) e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) | publica e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Stadt-Land.Move e.V. | Stiftung für Engagement und Bildung e.V. | Twende Pamoja e.V. | WeltTrends e.V.

Für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele wird die Unterstützung der Gesellschaft gebraucht. Dafür benötigen wir eine bessere Zusammenarbeit von Politik im Bund und in den Ländern, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und anderen Akteur*innen für Nachhaltigkeit und in der Entwicklungspolitik.

Deshalb ist es notwendig, sich über die wichtigsten Botschaften, Zielgruppen und Kommunikationsformate auszutauschen, die von der Bevölkerung mitgetragen und weiterverbreitet werden sollen und über die Wege, auf denen die Dringlichkeit der Anliegen kommuniziert wird. Der Start einer neuen Regierungskoalition ist ein guter Zeitpunkt, sich über eine verbesserte Kommunikation der Akteur*innen untereinander und mit der Gesellschaft auszutauschen.